

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halbt Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“. — Internationale aus der Gewerkschaftsbewegung. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausfahrungen, Maßregelungen, Differenzen. Der Kampf in Wien — beendet. — Maurerkämpfe in der Schweiz. Bekanntmachung des Verbandes. — Quartalsabrechnung des Verbandes. — Berichte. — Christliche Jugendzeit. — Aus dem Urteil. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkult, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“.

II.

Schlimmer und bedenklicher noch als die Biersteuer und die Zigarettensteuer ist die Fahrartensteuer, die vom 1. August d. J. an in Wirksamkeit treten wird. Diese Steuer im „Zeitalter des Verkehrs“ bedeutet eine unerhörte wirtschaftliche Schädigung wider Volkswirtschaft, eine eminente Erschwerung und Verhinderung des Verkehrs, von dessen Erleichterung und Förderung doch so sehr viel für das wirtschaftliche Leben der Nation abhängt. Während die Regierungsvorlage nur zwölf Millionen Einnahmen aus dieser Steuer vorsah, hat sie die Reichstagsmehrheit unter Führung des Zentrums auf 50 Millionen hinausgeschraubt!

Der Fahrartenstempel trifft nicht nur den von Ort zu Ort auf größere Entfernungen reisenden Teil des Publikums, sondern auch den, der nur die heimischen Verkehrsrichtungen — Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schiffe — benutzt. Ihre Stala sieht folgende Beträge für die einzelne Fahrart vor:

	3. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
	5	10	20
Von 60 A bis M. 2.....	5	10	20
„ mehr als „ 2—5....	10	20	40
„ „ „ 5—10....	20	40	80
„ „ „ 10—20....	40	80	160
„ „ „ 20—30....	60	120	240
„ „ „ 30—40....	90	180	360
„ „ „ 40—50....	140	270	540
über M. 50.....	200	400	700

Danach sind zwar die Einzelfahrten auf der Straßenbahn, die nur 10 A kosten, frei; aber jeder Abonnent hat für die Monatskarte einen Stempel von 10, oder, wenn der Betrag über M. 10 ausmacht, von 20 A zu zahlen. Das macht für das Jahr M. 1,20 resp. M. 2,40 aus, — gewiß eine für kleine Geschäftsleute und hauptsächlich für Arbeiter und Arbeiterinnen, die von ihrer Wohnung zur Arbeitsstelle fahren müssen, ins Gewicht fallende Summe.

Befreit von der Steuer sollen sein: 1. Fahrarten usw., wenn deren tarifmäßiger Fahrpreis, bei Zeitkarten der Gesamtpreis der Zeitkarte, bei Fahrarten von und nach ausländischen Orten der Fahrpreis für die im Inland zurückzuliegende Strecke den Betrag von 60 A nicht erreicht; 2. die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Militär- und Arbeiterfahrkarten; 3. Fahrarten der dritten Wagenklasse, soweit im Eisenbahnverkehr eine vierte Wagenklasse nicht geführt wird und der Fahrpreis der dritten Wagenklasse den Satz von 2 A für das Kilometer nicht übersteigt.

Das sind recht belanglose „Erleichterungen“.

Doch der Fahrartenstempel ist ja nur das Vorspiel. Seine ganze Wucht wird erst sichtbar werden, wenn vom 1. April nächsten Jahres an auch die Personentarifreform in Kraft tritt. Dann gibt es keine Rück-

fahrarten mehr; der Reisende muß zwei einfache Fahrarten lösen, also doppelte Stempelsteuer zahlen. Hierzu kommt dann noch, daß jetzt der Reisende 25 Kilo Gepäck frei hat, während er nach dem 1. April 1907 auch noch für das Gepäck einen sehr ausgiebigen Tarif zahlen muß.

In solch unerhörter Weise wird eine der wesentlichsten Bedingungen des Kulturlebens, das Verkehrsleben, belastet, um die Reichsfinanzen „ins Gleichgewicht zu bringen“, das Reichsdefizit zu überwinden. Die Beseitigung der Liebesgabe an die Brandweinbrenner, ein finanzpolitisches Unwesen schlimmster Art, würde genügt haben, um die Summe von 45 Millionen für die Bedürfnisse des Reiches zu gewinnen. Aber dafür waren die „Staats-erhaltenenden“ nicht zu haben. Den Liebesgaben-Schmarozherprokt einer Elitäre von Spiritusproduzenten haben sie nicht angelastet. Jetzt soll noch mehr als diese Summe aus dem Fahrartenstempel gezogen werden.

Wohlf hat sich gegen dieses verderbliche „Finanzreform“ ein allgemeiner Sturm des Unwillens erhoben. Aber die ultramontan-konservativ-nationalliberale Reichstagsmehrheit des Reichstags hat auf die oppositionelle Volksstimme „gepfiffen“.

Die Fahrartensteuer ist nicht nur verderblich, sondern auch ein Verstoß gegen den Artikel 45 der Reichsverfassung, der das Reich verpflichtet, auf Herabsetzung und Gleichmäßigkeit der Eisenbahntarife, auf Verbilligung und Erleichterung des Verkehrs hinzuwirken.

Hierzu kommt die gleichfalls eine Verkehrssteuer darstellende Besteuerung der Frachtturkunden, die hauptsächlich die Masse der kleineren Geschäftsleute schwer trifft.

Damit ist die Verkehrsbesteuerung aber noch nicht abgeschlossen. Die reaktionäre Reichstagsmehrheit hat schließlich auch noch unter Zustimmung der Regierung eine Besteuerung des großstädtischen Orts- und Vorortsposts für Postkarten, Drucksachen, Warenproben usw. beschlossen. Die vor noch nicht langer Zeit eingetretene Verbilligung des Ortsverkehrs, die Zweipennig-Postkarte und der Fünfpennigtarif werden dadurch beseitigt.

bleibt noch die Erbschaftsteuer kurz zu betrachten. Diese Steuer würde, wenn man sie gerecht und gründlich eingerichtet hätte, so viel ergeben haben, daß man auf die Verkehrssteuer hätte verzichten können; sie würde bei solcher Einrichtung die „ärmeren Schulktern“, die Wohlhabenden und Reichen, die die Frucht fremder Arbeit einheimsen, gebührend belastet haben. Hier war die Gelegenheit gegeben, etwas an „ausgleichender Gerechtigkeit“ im Steuerwesen zu leisten. Aber die reaktionäre Mehrheit, die „regierende“ Partei mit der Devise „für Wahrheit, Freiheit, Recht“ an der Spitze, bevilligungsfeindlich bis zum äußersten, wo es sich um die Belastung der ehrlich arbeitenden Volksmasse handelte, verhielt sich ablehnend gegen die von ihr so oft feuchlerisch betonte „stärkere Belastung der leistungsfähigeren Schulktern“, indem sie die von der Sozialdemokratie so energisch vertretene Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die direkten Nachkommen verwarf. Und schließlich häßlich negierte sie die Anregungen der Sozialdemokraten und Freisinnigen auf Schaffung einer Reichsvermögenssteuer, auf eine Revision der Brandweinsteuer, das heißt auf die Beseitigung der Liebesgabe für die Agrarier.

So ist denn das Gesamtergebnis der „Reichsfinanzreform“, daß die über 200 Millionen Mehrertrag in erster Linie durch eine Mehrbelastung des Massen-

konsums und durch Erschwerung des Verkehrs aufgebracht werden.

Glaube nun aber Niemand, daß damit die Finanznöte des Reiches ein Ende nehmen werden und die Vermehrung der Volksbelastung an ihr letztes Ziel gekommen ist. Es wird sich bald erweisen, daß die 200 Millionen neuer Steuern nur ein Tropfen auf einem heißen Stein sind. So lange Moloch Militarismus die Herrschaft im Reich führt, so lange die Flotten- und Weltmachtspolitik anhält — so lange ist nicht daran zu denken, daß der Steuerpolitik der reaktionären Reichsgewalten und der reaktionären Parteien Einhalt und Abbruch geschieht. Die herrschenden Klassen zwar fühlen sich bei dieser Politik im allgemeinen ganz wohl. Aber das arbeitende Volk hat aus seinen vitalsten Interessen heraus die zwingendste Ursache, mit der größten Energie und Entschiedenheit auf die Beseitigung des jetzt auf ihm lastenden Steuersystems hinzuwirken. Das geschieht allerdings nicht dadurch, daß Arbeiter und kleine Gewerbetreibende polizeiwidrig dummgenuß sind, sich bei Reichswahlen zum Stimmvieh für ultramontane, konservative oder nationalliberale „Ordnungsstufen“ machen zu lassen. „Staus mit dieser Gesellschaft aus dem Reichstage!“ Das muß die Parole aller ehrlich schaffenden Menschen sein. Und dieser Parole müssen Arbeiter und Kleinrentner zustimmen. Eine ernsthafte und entschiedene Wahrung ihrer Interessen können sie nur noch von der Sozialdemokratie erwarten.

Nach Beendigung der Gesamtabstimmung über die unerhörte „Reichsfinanzreform“ erlebte man im Reichstage das Schauspiel, daß Mitglieder des Zentrums und Nationalliberale den Schatzsekretär v. Stengel lebhaft beglückwünschten. Das ist eine offensbare Verhöhnung des Volkes, das wahrlich mit Rundgebungen seiner Entrüstung über diese „Reform“ nicht zurückgehalten hat. Dieser Hohn wird verschärft durch den Umstand, daß es kein Geheimnis ist, daß den jetzt bewilligten Steuern bald weitere folgen werden und daß die Vorbereitungen zu den neuen Steuern bereits getroffen sind! Im kommenden Winter werden dem Reichstage Vorschläge zur Fortsetzung der „Reichsfinanzreform“ zugehen. Und wieder wird es sich dabei um Mehrbelastung der arbeitenden Klasse handeln. Bis dahin wird das Volk die „fegensreichen“ Folgen des jetzt vollbrachten Stücks „Reichsfinanzreform“ schon sattem gelöst haben. Hoff man, es gewöhnens zu können an stillschweigendes Ertragen der steuerlichen Ungerechtigkeit? Diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen, darauf dürfen sich die Herren vom Regiment und ihre Bundesgenossenschaft verlassen!

Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung.

I.

Die Gelegenheit, eine Umschau über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern, soweit in ihnen eine moderne Arbeiterbewegung besteht, zu halten, ist gegenwärtig besonders günstig. Vorzüglich wird sie geboten durch den „Zweiten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung“, den Genosse C. Regien in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Bundeszentralen vor kurzer Zeit herausgegeben hat. Der Bericht gibt den Stand der Organisationen vom Jahre 1904 wieder. An dem vorliegenden Bericht sind 16 Länder und zwar 13 europäische und 3 außereuropäische beteiligt. Die Verleserhaltung für das Jahr 1903 umfaßte nur 12 Länder, es ist also ein guter Fortschritt in der internationalen Verknüpfung zu verzeichnen. Die Berichte stammen aus England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz,

Holland, Italien und Spanien. Außerdem haben drei australische Staaten und zwar Neu-Süd-Wales, Queensland und Victoria berichtet. Diese Staaten sind bisher dem internationalen Sekretariat nicht angeschlossen, ihre Berichte sind Antworten auf ein Schreiben des Genossenschaftlichen Sekretariats. Leider weiß der Bericht eine unangenehme Seite auf; es fehlt eine Berichterstattung zweier wichtiger Länder, Frankreich und Belgien. Wahrscheinlich besteht bei der Leitung der französischen Landeszentrale seit der letzten internationalen Konferenz eine gewisse Mißstimmung dem internationalen Bureau gegenüber. Dieser Antrag wurde vom internationalen Sekretariat abgelehnt, weil die Frage des Antimilitarismus die Gewerkschaften nichts angeht, der Generalkongress auf dem internationalen Kongress in Amsterdam seine Entscheidung fand, und schließlich über den Antimilitarismus eine abnormale Beschlussfassung unwürdig erschien. Das französische Sekretariat blieb darauf auf dem internationalen Kongress, die am 23. und 24. Januar 1905 in Amsterdam tagte, unvertreten. Hoffentlich wird diese Mißstimmung der französischen Genossen bald wieder dem Pflichtgefühl Platz machen, so daß der nächste Bericht auch wieder über Frankreich ausreichende Angaben bringen kann.

Die Bemühungen des internationalen Sekretariats, auch zu den amerikanischen Gewerkschaften in näherer Beziehung zu treten, vor allem die American Federation of Labor zur Teilnahme an den Konferenzen und zum Anschluß an das Sekretariat zu bewegen, werden voraussichtlich in absehbarer Zeit zu greifbaren Erfolgen führen. Der Präsident der A. F. of L., Sam. Gompers, hat ein Schreiben an das Sekretariat gerichtet, worin er den Anschluß in nahe Aussicht stellt. Interessant sind auch die Antwortschreiben aus Australien, besonders das des Genossen Sam. Smith, des Präsidenten der „Court of Arbitration“ in Neu-Süd-Wales. Er schreibt u. a.:

„Die wunderbaren Erfolge und Fortschritte unserer australischen Demokratie in den letzten 15 Jahren von 1891 bis zum gegenwärtigen Jahre 1905 sollten die Arbeiterorganisationen und das übrige Europa ermutigen, in ihren Bestrebungen zu bestehen, eine angemessene Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften ihrer Länder zu erlangen. Die von ihnen auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Lebens gemachten Fortschritte sind der Beweis, daß die organisatorischen Fähigkeiten in der Arbeiterwelt vorhanden sind, und daß es nur nötig wäre, mit gleicher Begeisterung und gegenseitiger beiderseitiger Solidarität vorzugehen, um für die politische Bewegung derselben Resultate zu erzielen, wie die gewerkschaftliche sie erreicht hat. Die australischen Arbeiter haben gewaltiges geleistet in dieser kurzen Zeit, wenn man den Zustand betrachtet, in dem sich die Gesetzgebung der Gewerkschaften in den achtziger und auch noch in den neunziger Jahren befand, wo bei den Streiks der Sekretär, der Scherer und der Bergarbeiter die Revoluzzermonen (1888 auf die Kohlengrubenarbeiter, 1890 in Sydney auf die Eisenbahner) auf die Straßenführer gerichtet wurden. — Als die Arbeiter sich über die Massenjustiz und über die Parteinahme der Regierung zu Ungunsten der Arbeiterkraft beschwerten, erhielten sie den Rat, verfassungsgemäße Mittel zur Abstellung des ihnen mißfallenden Zustandes zu suchen. Diesen Rat befolgten sie in glänzender Weise, sehr zum Mißvergnügen und zur Verstärkung der herrschenden und bestehenden Klasse.“

Neben das fünfjährige politische Aktionsprogramm gibt der Berichtsführer folgenden Ausblick:

Vorgeschlagen wird, zunächst mit den Monopolen zu beginnen, wie Tabak- und Getreidevertrieb. Auch beschwerten unsere Arbeitervertreter, die Eisenproduktion in England zu betreiben, und die Verbände der Staatsarbeiter verlangen Verstaatlichung der Kohlengruben als Schutzmittel gegen die schrankenlose Macht der Unternehmer, die sich gegenseitig unterhalten, wenn es gilt, zu verhindern, daß die Arbeiter angemessene Löhne erhalten. In unserem Neu-England besitzt und besitzt der Staat bereits eine Kohlengrube; ferner leitet er das Versicherungswesen im Eisenwesen mit dem im Wettbewerb befindlichen Funktionen. Im Bundesparlament schlägt die Arbeiterpartei vor, das gesamte Versicherungswesen innerhalb der Bundesstaaten zu verstaatlichen, und durch eine Resolution hat sich das Haus dahin ausgesprochen, daß dies in der Tat sehr wünschenswert ist.

Unsere Leser werden sich noch der von uns im Januar veröffentlichten Artikel unter dem Namen „Der Sozialismus in Australien“ erinnern, wo die gegenwärtige Stellung der Arbeiterpartei näher dargelegt wurde. Ueber die Mitgliederzahl der australischen Gewerkschaften erfahren wir noch nichts; hoffentlich wird der nächste Bericht auch diese Lücke ausfüllen können.

Von den anderen berichtenden Ländern liegen zahlenmäßige Angaben sowohl über die Mitgliederzahl, wie über die Finanzgebarung vor. Die folgende Tabelle gibt die Mitgliederzahlen nach dem Stande des Jahres 1904 wieder.

Land	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder	Der Landeszentrale gehören an			
		Zentralverbände		Solobereine	
		Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
England	1889590	100	469590	—	—
Niederlande	87221	14	5521	26	1150
Dänemark	89788	47	66930	14	873
Schweden	104998	80	81680	1	56
Norwegen	16227	10	8598	11	445
Deutschland	1466625	63	1052108	—	—
Oesterreich	205651	45	189121	446	16530
Ungarn	53169	17	47657	27	5512
Serbien	2932	21	2932	—	—
Bulgarien	1672	—	—	38	1672
Schweiz	41862	22	26784	—	—
Italien	260102	20	175102	?	85000
Spanien	56900	9	23938	164	82967
Summa	4226738	398	2149956	747	143906

In der vorherigen Zahl für Deutschland (1466625) finden 20 686 Mitglieder der Sozialorganisationen, die nach den Angaben auf dem Berliner Oberkongress auf 14808 geschätzt sind, ferner 112 000 kirchlich-kommunistische Gewerkschaften, 207 484 „christliche“ Gewerkschaften und 74 458 Mitglieder sonstiger gewerkschaftlicher Vereine.

Die Tabelle zeigt, daß die Zentralverbände in Deutschland weitaus am stärksten sind. Nach dem bedeutenden weiteren Anwachsen der deutschen Gewerkschaften in 1905 werden keine zwei Jahre mehr vergehen, bis Deutschland auch absolut das Mutterland gewerkschaftlicher Organisationen, England, an Zahl der Organisierten überholt haben wird. Ueber die Zahl der weiblichen Organisierten liegen noch keine vollständigen Angaben vor. England zählte in den Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften 10 340, Schweden 6023, Norwegen 921, Deutschland 48 604, Oesterreich 14 415, Ungarn 2099, Serbien 55, Bulgarien 27 weibliche Mitglieder. In Belgien gehören etwa 20 000 Mitglieder den der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften an.

In Bezug auf Frankreich verweisen wir auf die kürzlich erschienenen Artikel über die dortige Gewerkschaftsbewegung. Ueber die Finanzgebarung haben nur elf Länder berichtet: aus Frankreich, Belgien, Italien und Spanien fehlen leider die Angaben. Wenn die Mitgliederzahlen zur Zeit etwas anders lauten als in der ersten Tabelle, so erklärt sich das daraus, daß für einzelne Länder auch von anderen als zentralisierten Gewerkschaften Angaben vorliegen und in nachstehender Uebersicht berücksichtigt worden sind.

Land	Zahl der Mitglieder	Jahres-einnahme	Jahres-ausgabe	Raffen-stand	Ausgabe für Streiks
England	469590	20787408	22159377	48451530	752698
Niederlande	8682	25545	87322	2430	14129
Dänemark	83643	1702116	782496	1884042	812084
Schweden	81736	1884509	1187347	697102	752369
Norwegen	16227	376979	296916	837387	97016
Deutschland	1052108	20190724	17738753	16109903	5869519
Oesterreich	189121	2884025	2553637	8754026	265019
Ungarn	53169	413797	600543	56699	—
Serbien	2932	19273	7704	15408	872
Bulgarien	1672	13264	18760	10088	4768
Schweiz	41862	460608	225464	622786	35203
Summa	1998742	48728247	45703219	71987761	8108678

Land	Hoch-organ	Ausgabe für				
		Reise-Unterstützung	Arbeitslosen-Unterstützung	Krankheits-Unterstützung	Für andere Unter-Unterstützung	Verwaltung
		£	£	£	£	£
England	2080	658758	7274293	2907306	873976	3825257
Niederlande	4271	1918	315	176	—	1706
Dänemark	36369	—	430173	98708	14291	243405
Schweden	20756	81849	17200	5380	—	183445
Norwegen	11656	758	54414	26301	1181	42902
Deutschland	1097257	646821	1599424	116935	213626	2092218
Oesterreich	358731	81422	566775	443772	117890	995446
Ungarn	50164	31736	105355	79417	40010	164994
Serbien	—	420	416	—	792	1788
Bulgarien	1684	—	3456	—	—	4592
Schweiz	36668	9244	18300	79244	36328	33188
Summa	1619636	1712292	10060121	5057646	1297694	6588941

Diese Tabellen sind, nach verschiedenen Seiten hin einer näheren Betrachtung wert. Zunächst erhebt sich ihnen, daß der Zusammenschluß der organisierten Arbeiter eines Landes zu einer Landeszentrale im größten Maße in Deutschland erreicht ist: von insgesamt 1 466 625 organisierten deutschen Arbeitern sind 1 052 108 der „Generalcommission“ angeschlossen. Von den rund 1 900 000 englischen Gewerkschaftsmitgliedern, meist Trade-Unionisten, gehören nur 470 000 der Landeszentrale an, in den Niederlanden von 37 000 nur 5500, in Norwegen von 16 000 nur 8600, in Spanien von 57 000 nur 24 000. Kräftig ausgebildet sind die gewerkschaftlichen Landeszentralen außer in Deutschland noch in Dänemark (von 90 000 Organisierten 67 000), in Schweden (105 000: 82 000), Oesterreich (206 000: 189 000), Ungarn (53 000: 48 000), Italien (280 000: 176 000) und Schweiz (42 000: 27 000).

Aus der zweiten Tabelle sehen wir eine große Verschiedenheit in den Einnahmen der einzelnen Länder. Eine Berechnung der Einnahmen ergibt, daß die englischen Gewerkschaften die höchsten Beiträge zahlen, pro Kopf M. 44, dann folgt Norwegen mit M. 23,20, Schweden mit M. 23, Dänemark mit M. 20, Deutschland mit M. 19,20, Oesterreich mit M. 15,30, die Schweiz mit M. 11, Bulgarien mit M. 8, Ungarn mit M. 7,80, Serbien mit M. 6,50 und zuletzt Holland mit M. 3,10. Die Ausgaben ergeben ebenfalls, pro Kopf veranschlagt, folgende Reihenfolge: England M. 47,30, Norwegen M. 18,30, Deutschland M. 16,90, Schweden M. 14,50, Oesterreich M. 13,50, Ungarn M. 11,30, Dänemark M. 9,30, Bulgarien M. 8,20, Schweiz M. 7,80, Holland M. 6,60 und Serbien M. 6,60.

Von entscheidender Wichtigkeit für die Beurteilung der Gewerkschaften ist die Art, wie sie ihre Gelder im proletarischen Kampfe anwenden. Es werden dabei vier Gruppen von Ausgaben zu unterscheiden sein: Ausgaben für die Gewerkschaftspressen, für die Verwaltung, für Streiks und Ausperrungen und für Unterstützungen. Zwecks Vergleichs der Gewerkschaftspressen ergibt sich, daß 1904 pro Kopf im Durchschnitt aufgewendet wurden: in Oesterreich M. 1,09, in Ungarn und Bulgarien M. 1,07, in Deutschland M. 1,04, in der Schweiz 88 $\frac{1}{2}$, Norwegen 70 $\frac{1}{2}$, Holland 64 $\frac{1}{2}$, Dänemark 44 $\frac{1}{2}$, Schweden 25 $\frac{1}{2}$, England und Serbien gar nichts. In England gibt es eine besondere Gewerkschaftspressen in unserem Sinne nicht. Die seit längerer Zeit in England immer kräftiger werdende Bewegung auf Reformierung der Trade-Unions wird auch nach dieser Richtung hin Wandel schaffen.

Die am häufigsten riesigen Verwaltungskosten der Gewerkschaften sind bekanntlich ein Knochen, an dem die Arbeiterfeinde mit ganz besonderer Vorliebe nagen. Die Ziffern zeigen, wie lächerlich und unbegründet der Vorwurf ist. Es verausgabten im Jahre 1904 pro Kopf der Mitglieder an Verwaltungskosten aller Art, also einschließlich der beträchtlichen Postkosten, der Bureaukosten, Reisekosten und sonstiger sachlichen Ausgaben: England M. 6,06, Oesterreich (einschließlich der Einschickung an Kongreßdelegierte usw.) M. 5,22, Ungarn M. 3,10, Dänemark M. 2,91, Bulgarien M. 2,70, Norwegen M. 2,64, Deutschland M. 2, Schweden M. 1,65, Schweiz 76 $\frac{1}{2}$.

Serbien 61 $\frac{1}{2}$ und Holland 26 $\frac{1}{2}$. Daß in diesen Ziffern ein „Wasser aus Arbeitergrößen“ zum Ausdruck gelange, wird niemand behaupten können.

Ein wesentlich anderes Bild ergeben die Ausgaben für Streiks und Ausperrungen auf pro Kopf der Mitgliederzahl berechnet. Die größte Ziffer weist Schweden auf mit M. 9,20; es folgen Norwegen mit M. 5,98, Deutschland mit M. 5,60, Dänemark mit M. 3,73, Bulgarien mit M. 2,70, Holland mit M. 2,10, England mit M. 1,61, Oesterreich mit M. 1,40, die Schweiz mit 84 $\frac{1}{2}$, Serbien mit 29 $\frac{1}{2}$ und Ungarn, das für Streikwende überhaupt kein Geld aus den Gewerkschaftskassen aufwendet hat.

Für die verschiedenen Unterstützungen, wie Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung, ergibt sich folgendes: England wendete 1904 für gedachte Zwecke auf pro Kopf M. 24,98, Oesterreich M. 8,76, Dänemark M. 6,50, Ungarn M. 6,25, Norwegen M. 5,08, Schweiz M. 3,42, Deutschland M. 3,38, Bulgarien M. 2,05, Schweden M. 1,27, Serbien 89 $\frac{1}{2}$ und Holland 11 $\frac{1}{2}$. Auch hierbei kommt die Gesamtheit der Organisationen wesentlich in Betracht. Daß Deutschland an verhältnismäßig niedriger Stelle steht, hängt damit zusammen, daß viele Gewerkschaften noch nicht alle Unterstützungsbezüge eingeführt haben, bei der Durchschnittsberechnung aber der gesamte Mitgliederbestand 1904 zu Grunde gelegt werden mußte.

Bei der Aufzählung der Raffenstände steht England selbstverständlich auch an erster Stelle. Es entfallen davon auf das einzelne Mitglied in England M. 103,20, in Dänemark M. 22,60, in Norwegen M. 20,50, in Oesterreich M. 20, in Deutschland M. 15,30, in der Schweiz M. 15, in Schweden M. 8,50, in Bulgarien M. 6, in Serbien M. 5,30, in Ungarn M. 1,10 und in Holland, das die Reihe wieder schließt, nur 40 $\frac{1}{2}$.

In einem weiteren Artikel wollen wir die sonstigen Punkte der Berichte der einzelnen Länder näher betrachten.

Politische Umschau.

Aus einem Kapitalisten-Paradies. Der „Vorwärts“ schreibt:

Auf allen Seiten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird seit Monaten mit Hochdruck gearbeitet. Die Produktion steigt rasch und die Organe des Syndikats sind voll des Jubels über die erhöhten Werksüberschüsse. Freilich meinen wir, es könne die Produktion noch mehr gesteigert werden, wenn die Beschäftigten nicht — passiv streikten! Daran glaubt natürlich kein Mensch, aber es scheint Sympthien in dem Schwindel zu liegen. Der Import von Arbeitskräften nach dem Ruhrgebiet aus aller Herren Länder nimmt geradezu bedrückende Dimensionen an. Wie die Ruhrpresse zu melden weiß, sind augenblicklich wieder Agenten in Schiffen und Bussen tätig, um dem Arbeitsmangel abzuheilen.

Zunächst liegt die Frage nahe: wozu mit den ungeheuren Menschenmassen, wenn eine plötzliche Störung eintritt, die zu Betriebsunterbrechungen und Arbeiterentlassungen führt? Und noch etwas anderes kommt in Betracht: die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege. Aus der Massenwanderung erwachsen die schwersten Schäden und Gefahren in sanitärer Beziehung. Beweis hierfür bietet jetzt schon das Auftreten der Gendarmen. Im ganzen Ruhrgebiet tritt die Seuche auf und fordert ihre Opfer. So sind in der Bürgermeisterei Hamborn bis jetzt allein über 180 Fälle an Gendarmen gemeldet, wovon über 100 tödlich verlaufen sind.

So ziemlich das ganze Gelände gehört mit seinen ungeheuren Industrieanlagen, Kohlenbahnen und Werkskolonien der Magnatenfamilie Thyssen. Thyssen hat vermöge günstiger Geld- und Kreditverhältnisse seine Besitztümer und Kohlenzweigen derart erweitert und vermehrt, daß er heute bereits dem Reichsstaatsministerium Krupp überlegen ist.

Die Arbeiterhäuser stehen wie Pilze aus der Erde. Straßenfluchten, Häuserkomplexe, Stadteile, ja förmliche Städte entstehen gleichsam über Nacht. Kommt ein Haus unter Dach gebracht, dann werden sie auch schon bezogen! — Noch ist keine Straße eingezogen, keine Fenster in den Häusern, noch fehlt der Fuß, die Verkleidung, die Treppe, das Nebengebäude, aber die Kolonie-Willa ist schon bewohnt! Ganze Straßenseiten stehen auf stumpfen, moralischen Gelände, die Keller stehen bis oben an voll Wasser, keine Straße ist fertig ausgebaut. Die Häuser gleichen in ihrer monotonen Einförmigkeit riesigen Raketen — hat man doch schon dazu überlegen müssen, den Häusern einen veränderlichen Anstrich zu geben, um ein „Verlaufen“ seiner Bewohner zu verhindern! Kurz, der Zustand in den Kolonien in und um Hamborn, Margraf und Umgebung spottet jeder Beschreibung, ihr geradezu ein Schandbild allererhien Mangel! Was soll man z. B. dazu sagen, wenn die Bewohner einer neugebauten Kolonie, einige tausend Menschen, sich ein Vierteljahr lang ohne Nahrung und ohne Wasser mühen? Die Kolonie gehört zu der 10 000 Mann. Beschäftigten zählen Reihe „Deutscher Kaiser“, welche Eigentum des Herrn Thyssen ist, und sie liegt in unmittelbarer Nähe des Seuchenzentrums der Gendarmen. Von einer Kanalisation ist nirgend die Rede. Die Abwässer aus den Häusern gießt man auf die Straße, in den Rinnen! Dadurch entstehen bei jeder Jahreszeit Zustände, die geradezu zum Himmel stinken. Schon der aufsteigende Gestank kann Menschen krank machen.

Aber es regt sich keine Stadtverwaltung, keine Kommunalverwaltung, keine Polizei schreitet ein, kein Staatsanwalt erhebt Anklage. Selbst die Ärzte scheinen die „ambrosischen“ Miste, die großen offenen Kloaken, die Brunnentümpel, tobender Bakterien vollständig zu übersehen und zu über-schauen.

Warum? Woher? Weil die Besenbesitzer die ganze Umgebung beherrschen, weil sie mit ihren Leuten die Verwaltungen der Städte und Dörfer beherrschen. Sämtliche Verwaltungen sind dadurch mehr oder weniger der Besen, dem Giften oder Giften untertan. Alles öffentliche Leben wird beeinflusst und beherrscht von den Organen der Besen-gewaltigen.

Darum sind die ständischen Zustände möglich und werden durch die rasche Entwicklung immer schlimmer, bis dann schließlich eine verderbende Epidemie ausbricht, die Gekotomen von Opfern fordert, daß öffentliche Geissen aufgestellt, die Sterbenden endlich zu Taten drängt. Taten? Raum zu ständischen Aufstellungen! Es sei nur an ein Ereignis erinnert, ungeheures Aufsehen erregte vor zwei Jahren der Gelsenkirchener Wasserwerksprotest. Im Verlauf dieses

Prozesses wie Professor Weitenhofer schon auf die oben geschilderten Verhältnisse hin, die speziell in den Gusschmelzwerken außerordentliche Maßnahmen erfordern, weil die Niederungen teilweise unter dem Niveau des Flußbettes liegen und daher die Rückstaut flaut, bei Hochwasser die Aborte und Kloaken überfluten, die Häuser in den offenen Gräben faulig werden, die ganze Gegend verpestet. Wie man solche Verunreinigungen beizugehen, zeigt die beständige Pollstiftung gegenüber den geschädigten, "vorabischen" Verhältnissen im Riede der Tüpfeln und Gassen. Wenn nicht bald etwas geschieht, dann wird möglicherweise eine hereinbrechende Epidemie Massenerkrankungen, Massensterbefälle und damit auch wirklichen Arbeitermangel herbeiführen. Die Angelegenheit ist von so weittragender sanitärer und volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß ein energisches Eingreifen der Regierung unerlässlich ist. Mit jeder Stunde des Säumnisses wächst ihre Schuld an dem Verbrechen wider Gesundheit und Leben vieler Tausende von Menschen und der Schäden, die der ganzen Volkswirtschaft durch die ständischen Zustände erwachsen können.

Reichstagsverhandlungen. Für den verstorbenen Genossen S. Meißner mußte im Reichstagswahlkreise Hannover neu gewählt werden! Das Mandat war sehr heiß umstritten. Nicht weniger als fünf Parteien beanspruchen sich darum; außer den Sozialdemokraten waren die Nationalliberalen, Welfen, das Zentrum und der Bund der Radikalen als Bewerber aufgetreten. Die ziemlich hochgestimmten Hoffnungen der sog. Ordnungsparteien erfüllten eine herbe Enttäuschung; der von der Sozialdemokratie aufgestellte Genosse Breh, der Vorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter, wurde im ersten Wahlgange mit erheblicher Mehrheit gewählt. Das Resultat war: Sozialdemokratie 81 223 (1903: 29 381), Nationalliberalen 17 030 (10 941), Freiwirtschaftliche Volkspartei 727, Welfen 10 871 (8847), Zentrum 2415 (2907), Bund der Radikalen 194 (—).

Eine Ertragwahl war auch für den Wahlkreis Altona-Harburg durch den Tod des Mandatsinhabers, des freiwirtschaftlichen Rechtsanwalts Benjamins, nötig geworden. Der Kreis gehörte seit 1874 dem Freisinn, mit alleiniger Ausnahme der Jahre 1878 bis 1881 und 1887 bis 1888, wo die Nationalliberalen den Abgeordneten stellten. Es handelt sich folglich um eine freiwirtschaftliche Domäne, die allerdings immer erst in der Stichwahl, und zwar bis 1898 mit den Nationalliberalen und 1903 zum ersten Male mit der Sozialdemokratie behauptet werden konnte.

Der 28-jährige Witz des Freisinnigen ist nun am Mittwoch verloren gegangen; an Stelle des freiwirtschaftlichen Bewerber kommt das Zentrum mit der Sozialdemokratie in Stichwahl. Nach "vorläufiger Feststellung" ergibt sich folgendes Resultat: Abgegebene sind 34 188 Stimmen, davon erhielten Sozialdemokraten (Sg.) 10 547, Klode (Zent.) 7774, Müller (Freis. Sp.) 7673, Saarmann (natl.) 6552 und Müller (Christl.-soz.) 1837 Stimmen, gesplittet fünf Stimmen. Es wäre somit Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Klode erforderlich.

Vor drei Jahren lieferte die Wahl folgende Ziffern: Sozialdemokratie 10 146, Zentrum 6804, Freisinn 7457, Nationalliberalen 7440 und die Christlichsozialen 1487. Es haben am 27. Juni folglich gewonnen die Sozialdemokraten 401, das Zentrum 1170, die Christlichsozialen 180; es haben verloren der Freisinn 64 und die Nationalliberalen 888 Stimmen. Es sind diesmal 799 Wähler mehr an den Urnen erschienen als vor drei Jahren; da die Zahl der Wahlberechtigten in diesem stark von Industrie durchsetzten Kreise um ein Mehrfaches dieser Ziffer zugenommen haben wird, so ist am Mittwoch eine relativ schwächere Wahlbeteiligung als am 16. Juni 1903 zu verzeichnen gewesen. Erfreulich ist ja bei dieser Sachlage, daß die Sozialdemokratie die Kosten der Wahlbeteiligung nicht hat bezahlen brauchen. Wir haben 401 Stimmen gewonnen, sind also, wenn man das Mehr an abgegebenen Stimmen in Betracht zieht, auf dem alten Stand verblieben. Die Werbekraft der bürgerlichen Parteien ist diesmal nicht stärker gewesen; dem Gewinn von 1170 Zentrums- und 180 Christlichsozialen Stimmen steht ein Verlust von 888 Nationalliberalen und 64 Freisinnigen gegenüber: bleibt ein Nettogewinn von 898 Stimmen. Wie sage Rager halten sich also die Waage.

Ueber die Entwicklung der Sozialdemokratie in diesem Kreise mag folgende Tabelle unterrichten. Wir erhielten:

1890:	4568,	mehr gegen die vorige Wahl	2192
1893:	6095,	" " " "	1467
1898:	7815,	" " " "	1280
1903:	10146,	" " " "	2831
1906:	10547,	" " " "	401

Den Wählergewinn des 27. Juni trägt das Zentrum heim, das heißt diejenige Partei, die als die regierende hier die ganze Reichsmehrheit, für alle neuen Steuern, für die allgemeine Steuerung und für die ganze innerpolitische Reaktion die Schuld und die Verantwortung trägt. Bis 1898 verbanden die Schwarzgen um 3000 herum, 1898 mufterten sie 5195 und 1903 6804 Stimmen, um jetzt mit 101 Stimmen Mehrheit den freiwirtschaftlichen Kandidaten zum ersten Mal zu schlagen. Es ist kein Zweifel, daß in diesem nur zu einem Drittel katholischen Kreise die Masse der Zentrums-Wähler von der Arbeiterklasse und denjenigen Bevölkerungsteilen getrennt wird, die wirtschaftlich und sozial den Lohnarbeitern gleichgestellt sind. Das heißt: von Leuten, die vom offiziellen Zentrum Tag für Tag und Jahr für Jahr betrogen und verkauft werden.

"Sozialdemokratische Fahnenflucht" hat die "Kreuzzeitung" entdeckt. Sie schreibt unter Berufung auf einen Artikel von H. Steinmann-Wacker in der "Deutschen Industriezeitung" folgendes:

Für die Sozialdemokratische Partei ist das Mittel der Agitation zum Zweck geworden, sie steht in der Agitation auf und muß sie mit fleißigster Tätigkeit betreiben, um die Genossen in der Partei als Vereinsmitglieder, als Abonnenten und als Gewerkschafter zusammenzufassen. Was auch immer geschehen mag, alles wird zum Zweck der Agitation ausgenutzt, da die Parteiführer befürchten, daß andernfalls ihre Gefolgschaft in kurzer Zeit beinahe vollständig zusammenkrumpfen würde.

Diese Behauptung ist keineswegs unbegründet und wird bestätigt durch die Erfahrung der Genossen mit ihren Gewerkschaften. Geradezu erstaunlich ist die ungemein große Unbedachtlichkeit in der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Um festzustellen, daß die Gewerkschaften Verluste an Mitgliedern erleiden, daß es nicht erst der Erwähnung bedarf, daß die Herren Steinmann-Wacker und der "Kreuzzeitung" bedürftig

diesen Nachweis erbringen, die Gewerkschaften regelmäßig selbst. Mit solcher Verlusten hat jede Gewerkschaft zu rechnen. Ihre Ursachen sind unseren Lesern bekannt. Aber der "Kreuzzeitung" muß diese Erfahrung dazu dienen, der bösen Sozialdemokratie etwas am Zeuge zu fassen. Sie behauptet:

"Diese Unbedachtlichkeit in der Mitgliedschaft zeigt, wie außerordentlich schwer es für die Gewerkschaften ist, die Leute zusammenzufassen, sie zeigt ferner, daß unter den beteiligten Arbeitern eine weitgehende Unzufriedenheit mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften besteht."

Das ist eine tendenziöse Dummheit. Und als ob es, von einer "sozialdemokratischen Fahnenflucht" zu sprechen. Wenn man die Stärke der Gewerkschaften ehrlich und sachlich beurteilen will, so muß man dem Abgang an Mitgliedern die Zunahme der Mitglieder gegenüberstellen. Und diese überwiegt bei jeder Gewerkschaft den Abgang ganz bedeutend. Der feste und sichere Mitgliederbestand wächst beständig. Aber diese Tatsache ignoriert das Unterorgan. Es verheißt sich dazu, folgenden Trost zu spenden:

"Gegenwärtig zählen die sozialdemokratischen Gewerkschaften anderthalb Millionen Mitglieder. Angewachsen sind sie mit der ganzen geschäftlichen Aufwärtsbewegung in Deutschland, eilenden der Müdigkeit, sobald eine ungünstige Konjunktur eintritt. Betrachtet man die Zahl der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder, so kann sie noch durchaus nicht imponieren. Ist doch die Zahl der Industriearbeiter in Deutschland nach den Berechnungen Steinmann-Wackers von 5,9 Millionen im Jahre 1895 auf mindestens 9 Millionen im laufenden Jahre gestiegen."

Das schreibt ein Blatt, das zu den gehört, die behaupten seit vielen Jahren auf die rückwärtigste Vergeßlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation drängt. Jetzt imponiert sie ihr durchaus nicht. Sie hat gar nichts zu bedeuten und die Herren Unternehmer können ruhig vor ihr schlafen. Ist eine dümmere Furchel wohl schon dagewesen? Die "Kreuzzeitung" und ihre rechnungs-fundiger Gewerkschaftern dürfen sich darauf verlassen, daß die anderthalb Millionen Gewerkschaftsmitglieder, über deren Macht die "Standesherren" schon so viel gejammert haben, bald auf das doppelte und dreifache anwachsen werden.

Die gekränkte christliche "Anschauung." In der Polemik zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen fällt manch derbes Wort. Das ist auch wirklich nicht wunderbar und ebenso wenig ist es ein Mäher. Eine ehrliche Grobheit ist der Hebel größtes noch nicht Gelegenheit einer Auseinandersetzung, die das Organ des Fabrikarbeiterverbandes mit den Christen führte, hätte sie ein Konfession dieser Spezies befehdigt und hätte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des "Proletariats", den Reichstagsabgeordneten August Breh. Obgleich nun in dem Artikel auf keine bestimmte Person Bezug genommen war, kam das Gericht doch zu einer Verurteilung. Breh wurde zu 150 Geldstrafe verurteilt; der Staatsanwalt hatte gar 6 Wochen Gefängnis beantragt. Die intimisierte Werbung bestand in folgenden Zeilen:

"Die Kerngruppen jeder christlichen Gewerkschaftsleiter sind: ehemalige Streikführer und Kollegen, die wegen ehrenrühriger Handlungswesen aus unseren Verbänden ausgeschlossen sind, und um die wir sie nicht beneiden und sie ihnen gönnen; denn gleich und gleich gesellt sich gern."

Unter den Leuten, die sich dadurch getroffen fühlten, befand sich auch der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes, Herr Joseph Wiedebach. Abgesehen davon, daß es nicht schwer fallen würde, von einer ganzen Anzahl tonangebender "Christen" den obigen Vorwurf zu beweisen, ist die Empfindlichkeit gerade jener Leute eine Ungeheuerlichkeit. Jeder, der die Blätter dieser Couleur näher kennt, weiß, daß sie im Schimpfen, und zwar im rohen, wüsten Schimpfen, zu jeder Zeit an der Spitze stehen. Noch lebt August Breh, und solange das der Fall ist, ist noch ein Kronzeuge für diese Tatsache da.

Zus Wahlrecht eingekerkert. Frau. Verta Krupp, die Besitzerin vieler Millionen und der Essener Kanonenwerke, wird demnach den heftigsten Mäher in Böhlen heiraten. Diese rein private Handlung, die uns als solche gar nicht interessieren würde, entfällt aber die Eigenschaften des preussischen Dreiklassenwahlrechts für die Gemeindeglieder von einer ganz neuen Seite. Ein Essener Blatt stellt anlässlich der bevorstehenden Hochzeit nun folgende Betrachtungen an: In den Jahren nach Krupps Tode war der Einfluß des aus dem Kruppschen Unternehmen entspringenden Nischenmonopols auf die Zusammensetzung des Stadterordnetenkollegiums vollständig ausgeschaltet. Nach der Heirat von Frau Krupp wird der Essener Wählerkreis wieder ungefähr dieselbe Zusammensetzung haben wie vor Krupps Tode. Bei Begegnungen (1902) gehörten in Essen-Mülheim zur ersten Abteilung fünf Wähler, gehörten in Essen-Mülheim zur zweiten 18208; nach seinem Tode (1903) kamen schon 164 in die erste Abteilung, in die zweite sogar 1353, während die dritte nur noch 1665 aufwies. Der in Betracht kommende Gesamtwahlkreis betrug 1902 5 517 470, 1903 3 288 913, 1904 3 288 028. Der Unterschied von 21 Millionen ergab sich aus dem Ausscheiden der Kruppschen Steuerleistung. Im Jahre 1904 berechnete schon eine Steuerleistung von 24 276 zum Wähler in der ersten Abteilung, während 1902 zu dieser Berechnung nicht weniger als 79 877 Steuern gehörten. Nach dem Eintreten des Herrn v. Böhlen in die erste Wählerklasse wird aus dieser Abteilung wahrscheinlich noch der eine oder der andere der fünf früheren Wähler verdrängt werden. Alle übrigen werden in die zweite Abteilung zurückgedrängt werden, und aus dieser werden zahlreiche Wähler in die dritte Abteilung zurückgedrängt werden. So wird die Frau Krupps zu einem politischen Ereignis, zu einem Ereignis, durch das das preussische Dreiklassenwahlrecht wieder einmal ins schönste Licht gerückt wird.

Moderne Völkerwanderungen. Ununterbrochen geht in unserem Zeitalter der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt eine Massenverdrängung von Menschen vor sich. Mehr als eine Million Menschen sind allein in dem Jahre vom 1. Juli 1904 bis zum 30. Juni 1905 in die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingewandert. Das große Einfallstor der Einwanderer ist New York. Im letzten mit dem 30. Juni 1905 beendeten Fiskaljahre sind 788 000 Einwanderer in New York gelandet. Ueber Boston kamen 65 000, über Baltimore 62 000, und über Philadelphia

24 000 Personen ins Land, die kanadischen Häfen nahmen 44 000 Personen auf. Aus der Menge der übrigen Einwanderungshäfen hebt sich, wenn man von Honolulu auf Hawaii, das mit 12 000 Einwanderern verzeichnet steht, ab, nur New York mit 18 000 und San Francisco mit 6000 Einwanderern heraus. Alles in allem hat die Einwanderung während des Berichtsjahres den Vereinigten Staaten einen Menschenzuwachs von 1 026 000 Personen gebracht, 97 pSt. davon stammte Europa, 3 pSt. kamen aus den übrigen Erdteilen.

Unter den eingewanderten Europäern stehen die Oesterreicher und Ungarn mit zusammen 276 000, die Italiener mit 221 000 und die Russen mit 185 000 Personen voran. Engländer waren 87 000, Deutsche nur 41 000 darunter, also nur 4 Prozent der Einwanderung war deutschen Ursprungs.

Und solche Einwanderungszahlen wiederholen sich alljährlich! Den Vereinigten Staaten ist bei diesem Menschenzuwachs nicht recht wohl zu Mute. Dem Bundespräsidentenhaus ist jedoch durch den gütigen Ausfluß der Einwanderungsbüro angeregt worden, die eine Erhöhung der bisherigen Einwanderer-Kopfsteuer um mehr als das Doppelte, den Nachweis einer bestimmten Geldsumme und den Nachschub der Analphabeten, der Leute, die nicht lesen und schreiben können, verlangt. Ob und inwieweit die neue Bill, falls sie zur Annahme gelangt, diese Ziffern ändern wird, läßt sich schwerlich vorhersehen. Es ist nicht leicht verständlich, daß ein Staat, der noch weite Gebiete zu kultivieren und nutzbar zu machen hat, Maßnahmen trifft, die geeignet sind, eine seiner besten Kräfte — und als solche hat sich die Einwanderung lange erwiesen — abzufächeln oder vielmehr leicht zu einem nicht unterdrücklichen Teile zu verdrängen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:

Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik), Sierksrade und Umgegend (Differenzen), Büchelndorf b. Lübeck (Sperre über Schmidt in Kasdorf);

Schleswig-Holstein:

Meldorf (partieller Streik), Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Itzehoe (Sperre über Breiholz);

Mecklenburg:

Schwerin (Bauarbeiterstreik), Sülze (Sperre über Holldorf), Güstrow, Neubuckow (Streiks), Lage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung), Bawow (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Gölitz (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks), Elbing (Sperre über Hube);

Schlesien:

Breslau, Haynau (Differenzen), Gottesberg (Streik);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Belgig, Fürstberg, Dahme i. M., Sommerfeld (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Guben, Cottbus (Bauarbeiterstreiks), Strasburg i. d. Vorkam. (Sperre über R. Henschel), Güstrow (Differenzen), Berlin (Streik der Backofenmaurer);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Ammendorf, Gardelegen (Streiks), Bernburg (Aussperrung), Stassfurt und Umgegend (Differenzen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt);

König. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wibelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, Bernh. Schammelt, Ecke Bayersche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementabgesellschaft, Brandelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau, Nossen, Hainichen (Aussperrungen), Zwickau, Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau Grimschitzau, Bautzen, Freiberg, Königsbrück, Mülau, Neitschkau (Streiks), Weissenfels, Zeitz, Limbach (Differenzen), Schneberg (Sperre über Bretschneider), Plauen (Sperre über Mänel), Penitz (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Osterode a. H., Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Detmold, Oldenburg, Peine, Achim (Streiks), Uelzen (Aussperrung), Brake, Harburg, Lüneburg (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Faust und Pappst), Schmalkalden, Gotha, Suhl, Rudolstadt (Streiks), Sonneberg (Sperre über P. Schmidt);

Rheinprovinz und Westfalen:

Düren (Aussperrung), Remscheid (Sperre über Panel), Elberfeld (Sperre über Boswan & Knauer), Kronenberg (partieller Streik), Minden (Bauarbeiterstreik), Rheidt (Sperre über Fischer), Batingen, Barmen-Elberfeld (Streiks);

Bayern:

München-Fürth (partieller Streik), Alzenau, Hof a. d. S., Bayreuth, Regensburg, Würzburg, Burglarnbach (Streiks), Dachau (Sperre über Reischl), Olching (Sperre über Niedermeier);

Hessen:

Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Gebweiler, Hassloch, Schifferstadt, Grünstadt (Streiks), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (partielle Aussperrung);

Württemberg:

Vaihingen a. d. F., Ulm, Tübingen (Streiks), Stuttgart (Gipsarbeiter);

Fliesenleger:

Bochum (Sperre über Schödtler und Worringsföhr), Nürnberg (Sperre über Ayerle), Duisburg (Sperre über Lobeck).

Oesterreich:

Olmütz, Pilsen (Streiks).

Maurer werden gesucht: in Wittstock a. d. O. bei der Firma Priest & Götting, zehnstündige Arbeitszeit, 86 $\frac{1}{2}$ Lohn, sowie in Brandenburg, Birschan, Eyst und Angerburg.

Warnung!

Die Firma Bismann, Poller Gabel, in Oberhausen sucht im „Masseur Boten“ 60 bis 80 Maurer und Handlanger am Schulneubau in Oberhausen-Sierich zu 50–54 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn.

Wir machen die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Oberhäuser Maurer und Bauhilfsarbeiter in der Lohnbewegung stehen, daß somit die geschulten Arbeitskräfte eventuell als Streikbrecher gebraucht werden sollen. Zu einem Stundenlohn von 54 $\frac{1}{2}$ kann Bismann Maurer in Halle und Halle am Orte erhalten.

Die Zweigvereinsleitung Oberhausen.

Gau Stettin. In Demmin ist der Stand der Aussperrung unverändert. Nach Fertigstellen der Fassade sind die „durchwachenden“ Berliner abgerückt. Im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ist den Unternehmern ein Bundesgenosse erhalten. Ausichten auf baldige Beendigung sind nicht vorhanden.

In Greifswald sollten einige Zimmerer Streikarbeit verrichten, auf ihre Weigerung wurden sie entlassen. Hierauf traten alle in den Streik ein. Aus Bräun (Wägen) sind 91 Wägen angekommen. Von jedem Hauswerk ist etwas dabei. Jein davon sind sofort in ihre Heimat zurückgekehrt. Die übrigen legen sich den Streikenden gegenüber aufs Geldmachen. Wie Arbeitergrößen zusammengebracht werden, scheinen sie in ihrer Heimat nicht zu kennen.

Das ruhige schiedsmäßige Auftreten der Streikposten nötigt selbst einem konservativen Blatt Anerkennung ab. Die „Greifswalder Zeitung“, die sich sonst nicht genug an Verleumdungen gegen die organisierten Arbeiter leisten kann, sieht sich zu folgendem Zugeständnis veranlaßt: „Erfreulicherweise sind Streikteilnehmer zwischen den fremden und heimischen Maurern und Zimmerleuten bisher nicht vorgekommen. Ein Hauptverdienst an diesem ruhigen Verlauf dürfte entschieden den organisierten Arbeitern, besonders den Verbandsleitern zuzuschreiben sein, die in ihren Versammlungen stets mit aller Energie darauf hinwirken, sich jeder strafbaren Handlung in Wort und Tat gegen die Anfeindungen zu enthalten. Was ein jeder nach seiner Parteilichkeit über den Streik und seine Ursachen urteilen wie er will, angereizt ist diese Maßnahme und stete Warnung von jedem, auch der gegnerischen Seite.“

Ob das nun ehrliche Meinung oder nur Spekulation zum Annoncenfang ist, mag dahingestellt bleiben. Genug, es steht vom Stadtsyndikus Dr. Helfrich ist eine Entladung versucht. Als aber die Unternehmern seine Vermittlung ablehnten, wandte er sich gar nicht mehr an die Arbeiter. Einer Anregung des Unternehmers G. Spruth folgend riefen die Arbeiterorganisationen das Gewergericht als Einigungsamt an. Diese Vermittlung lehnten die Unternehmern ebenfalls ab. Ihnen graute ebenfalls vor der amtlichen Feststellung ihres Vertragsbruchs und ihrer Frivolität. Die Behörden gewähren dennoch jeden gewünschten Aufschub der Befristung. Die Polizei bewegt sich einigermaßen neutral. Durch die ewige Ohrenbläser der Unternehmern, von denen einer nahezu ständig beim Inspektor liegt, stehen sich aber doch einige Beamte, verleihten, die Wahren mit Gewalt und Drohung zur Arbeit zu zwingen. Ein „Arbeitswille“ wurde sogar zur Wache geführt. Bei diesem, von Unternehmern angelegten Machtkampf liegt es im Interesse der Abgerückten, sich auf längeres Fernbleiben von der Heimat einzurichten.

Auf einer Bezirkskonferenz der Kollegenschaft Pawelsch-Jagnd-Admitt, Stettin, Pölitz, Gollig a. d. O., Stralsburg a. M. ist der Erweiterung des Lohnbezirks Stettin auf 19 Ortsteile beschlossen worden. In diesem Bezirk gelten 9 $\frac{1}{2}$ Stunden Arbeit und 55 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Ebenso ist die Bildung eines Landbezirks der Stettin (10 Stunden und 50 $\frac{1}{2}$) für 20 Orte beschlossen. Im Bezirk Pawelsch-Jagnd-Admitt soll mit der Pauschalsumme von 60 Stunden pro Woche gebrochen werden. Nach dem Grundgesetz „Lohnzeit gilt als geleistete Arbeitszeit“ ist allenfalls von 6 bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr zu arbeiten, dementsprechend ist ein gutes Quartier zu beschaffen. Ein Vertrag ist nur zu schließen, wenn der Bezirk Stettin Land anerkennt und die Zeit von 6 bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr nach obigem Grundgesetz garantiert wird. Der Stundenlohn soll auf 40 $\frac{1}{2}$ mit Lohnaufschlag der größeren Pagarbellen festgesetzt werden. Bisher wurde im Bezirk an fünf Tagen in der Woche bis

7 Uhr abends gearbeitet und so die Lohnzeit nachgeholt. (Beim Abschluß des ersten Vertrages stand der Lohn auf 35 $\frac{1}{2}$. In Stettin auf 47 $\frac{1}{2}$. Unterbezirk 12 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Seit bieten die Unternehmern im Bezirk Pawelsch-Admitt 87 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ in Stettin 55 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Unterbezirk 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$.) In den meisten der in Betracht kommenden 124 Ortsteilen sind Maurer anständig. Bei der Lohnzeit gewöhnten die Unternehmern den Kollegen einiger Orte besondere Vergünstigungen, und aus kleinlichen Ortsteilen können sich manche Kollegen in eine Neuordnung schwer hineinfinden, daher sind die Aktionsunfähigkeit. Hoffentlich machen die Kollegen jetzt Ernst.

Gau Ostern. In Braunsberg (Ostpreußen) sind unsere Mitglieder am 25. Juni in den Streik eingetreten. Sie fordern die zehnstündige Arbeitszeit und 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Diese Forderung, die eigentlich schon vor 15 Jahren hätte durchgesetzt werden müssen, kommt den Unternehmern recht ungeheuerlich vor. Im vergangenen Jahre wurde erst die zwölfstündige Arbeitszeit abgelehnt. Obgleich die Bauten nur halb besetzt waren, ließen sich die Unternehmern doch nicht auf Unterhandlungen ein, sondern glauben, daß es nicht ernst den Maurern gemeint sei. Jetzt, da die Arbeit ruht, trösten sie sich damit, daß der Verband die Kollegen nicht lange unterstützen wird, sie würden dann wieder zur Arbeit kommen müssen. Das letztere wird aber wohl nur ein frommer Wunsch der Unternehmern bleiben; denn die Hälfte der Streikenden ist schon abgerückt und die anderen sind in der letzten Woche anderweitig in Arbeit getreten, so daß nur einige Kollegen zur Streikführung zu Gange geblieben sind, und für diese wird die Unterstützung schon nicht ausbleiben. Somit wird wohl keiner der Streikenden die Arbeit aufnehmen. Damit sie aber nicht von den letzten Arbeitskräften verlassen werden, sind die Herren auf einen Trick verfallen. Am 3. Juli sollten die Lehrlinge vor der Handwerkskammer freigesprochen werden. Da die Unternehmern aber wohl vermuteten, daß sich diese nach der Prüfung den Streikenden anschließen würden, haben sie darauf hingewirkt, daß die Prüfung drei Wochen aufgeschoben wurde. Nun beschäftigen diese jungen Leute, da ihre Freizeit schon lange zu Ende ist, so lange die Arbeit ruhen zu lassen, bis es den Unternehmern gefällt, die Prüfung vorzunehmen. Vielleicht bestehen sie ihre Prüfung schon anderweitig und verzichten ganz auf den Gumbig. Damit aber der Streik nicht unnütz in die Länge gezogen wird, ist es nötig, daß alle Kollegen Braunsberg einstweilen meiden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

In Gerszt, einem Industriort von über 6000 Einwohnern, in Westpreußen, haben unsere Kollegen einen recht guten Erfolg auf friedlichem Wege erreicht. Es ist eine Vereinbarung zu Stande gekommen, wodurch der Lohn am Orte auf 38 $\frac{1}{2}$ und für außerhalb auf 40 $\frac{1}{2}$ und freie Fahrt festgelegt ist. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse sind geregelt. Bisher war kein geregeltes Arbeitsverhältnis vorhanden; es wurden Löhne von 30 bis 35 $\frac{1}{2}$ gezahlt, gerade wie es den Unternehmern paßte. Daß sich diese Bewegung so friedlich abwickelte, war wohl eine Folge der konitigen Aussperrung. Die Unternehmern in Gerszt, die zum Teil Mitglieder des Arbeitgeberverbandes in Königsberg sind, scheinen sich nicht nach den Vorbeurteilungen, die die konitigen Unternehmern unter Führung von Germann ernten werden, darum haben sie die Sache in Güte gemacht und sich somit vor einer Niederlage geschützt.

In Königsberg wußten die Unternehmern Hermann, Arnold, Wob, Wiese und Gildesbrandt noch immer mit Italienern fort. Sie zahlen recht hohe Löhne und erhalten dafür schlechte Arbeit und nicht allzuviel. Unsere Mitglieder, die ausgehört werden sollen, damit sie zu Kreuze kriechen und recht billig arbeiten, sind alle in der nächsten Umgebung trotz der schwarzen Listen der Germänner in bester Arbeit und befinden sich ganz wohl, so daß sie von der Kraftprobe der Unternehmern nichts merken. Die Italiener scheinen sich aber nicht so wohl zu fühlen; denn vor einiger Zeit sind schon 40 ausgesüßt. Sie sind aber nach einer Woche wieder zurückgekommen; wie sich dies zugetragen, ist nicht festgelegt. Gesagt wird, daß eine Verhörde damit im Spiele sei und sie wegen Kontraktbruchs zurückgeschickt habe. Wie lange nun die Freundschaft mit den konitigen Unternehmern und den Italienern noch standhalten wird, ist nicht zu übersehen. Aber ewig wird sie nicht dauern, so viel ist heute schon sicher. Da die konitigen Unternehmern auch noch außerhalb Arbeit haben, versuchen sie dort immer, einzelne Maurer anzukurbeln; darum werden die Kollegen in Ost- und Westpreußen besonders darauf aufmerksam gemacht, damit sie diesen Leuten nicht unbedacht in die Hände fallen. Es ist Pflicht eines jeden ansässigen Kollegen, die Arbeit der konitigen Unternehmern zu meiden.

In Johannisburg (Ostpreußen), wo ein Zweigverein unseres Verbandes besteht, haben die Mitglieder den Lohn seit zwei Jahren von 4 $\frac{1}{2}$ 3,50 Tagelohn bei zwölfstündiger Arbeitszeit auf 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gebracht. Auch gegen die zehnstündige Arbeitszeit hatten die Unternehmern nicht viel einzuwenden, sondern wollten sich mit den Tatsachen abfinden. Dieser große Erfolg scheint aber vielen von unseren Kollegen auf die Nerven gefallen zu sein, denn nach einigen Wochen haben sie, damit sie nun auch recht viel verdienen, die e-l-r, ja, stellenweise die zwölfstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Viele haben auch ihre Mitgliedschaft aufgegeben; denn sie glauben, daß sie mehr haben als sie jemals erhofft, und daß darum der Verband überflüssig geworden ist. Hoffentlich gelingt es bald, den Kollegen ihren Irrtum begreiflich zu machen, sonst wird es gar nicht allzulange dauern, dann werden sie die nämlichen elenden Zustände wieder haben, die sie früher hatten; dann wird die Meute aber zu spät kommen. Ein geübliches Arbeitsverhältnis ist nur aufrecht zu erhalten durch eine gute Organisation und durch einen Normalarbeitszeit, das mögen sich die Kollegen ein für allemal gesagt sein lassen. Da kein Versammlungstotal vorhanden, ist es Pflicht der leitenden Kollegen, es allen klar zu machen, daß sie ihre eigenen Interessen schützen, und unter allen Umständen zusammenhalten müssen, dann wird der errungene Erfolg niemals wieder verloren gehen.

Gau Berlin. Im Lohnbezirk Neuzelle-Fürstberg hat bisher die Organisation leider den gewünschten Erfolg nicht besessen. Unter diesen Umständen konnten auch die Unternehmern mit den Gefellen ungeführt

ihr frivoles Spiel treiben. Im Frühjahr, wenn die Arbeitskräfte knapp wurden, legten sie einige Pfennige Lohn zu und kündigten an, daß nun wieder vierzehntägige Kündigung bestesse, und sobald der Herbst ins Land kam, wurde der Lohn wieder reduziert und eines schönen Tages angekündigt, daß Kündigung nicht mehr bestesse. In diesem Jahre haben sich die Herren mit der Einführung der Kündigung etwas verspätet, und der Lohn ist infolge der „Leutenot“ etwas ungleich geblieben. In dieser Not holten die Meister Rat von ihren Gubener Kollegen und wurden untereinander einig, vom 25. Juni an wieder die Kündigung einzuführen und den Lohn — der bei einem Unternehmern bis 40 $\frac{1}{2}$ für einige Kollegen geblieben war — zu reduzieren. Das ging nun aber den sonst recht gebildeten Kollegen gegen den Strich; sie haben einmütig — Organisierte und Unorganisierte — die Arbeit niedergelegt und fordern Befestigung der Kündigung und einen Minimallohn von 37 $\frac{1}{2}$. Hoffentlich halten die Kollegen fest zusammen und bleiben treue Mitglieder. Insbesondere wäre das von den Biebingen Kollegen zu wünschen, die in großer Zahl in Fürstberg arbeiten, damit sie ihren Kollegen in der Heimat aus der Erfahrung die Notwendigkeit und Möglichkeit der Organisation nachweisen können und endlich den Mut finden, in ihrem Bezirk die tiefstaurigen Zustände zu bessern. Eftständige Arbeitszeit, 2,50–2,75 Tagelohn, Kündigung und andere schöne Sachen mehr bilden dort die sogenannten Arbeitsbedingungen.

In Berlin sind die Backsteinmänner am 2. Juli in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes von 60 auf 70 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und achtstündige Arbeitszeit. In D h m e i. d. M. a. r. sind die Kollegen, nachdem die Kündigung abgelaufen war, am 29. Juni in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 80 auf 85 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmern lehnten eine Verfassung ab; nur einer erklärte sich bereit, 1 $\frac{1}{2}$ zuzulegen.

Die Unternehmern in Sommerfeld (Bez. Frankfurt a. d. Oder) konnten trotz wiederholter Verhandlungen nicht bezogen werden, die gestellte Forderung — Erhöhung des Lohnes von 35 auf 40 $\frac{1}{2}$ — zu bewilligen. Auf die letzte schriftliche Anfrage hielten sie nicht einmal eine Antwort für notwendig; Nummern sind die Kollegen am 2. Juli einmütig in den Streik eingetreten. Jedenfalls werden die Herren wohl bald gesprächig werden.

In Belgisch hat im Laufe der Woche eine Verhandlung stattgefunden. Die Unternehmern sind der Meinung, nichts zuzulegen zu können. Unsere Kollegen werden sich noch einige Zeit gedulden müssen, bis bei den Unternehmern eine Sinnesänderung eintreten wird.

Beendet wurden in der Berichtswache die Streiks in Radwisch, Jüterbog und Treuenbriezen. In Radwisch ist die Verfassung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden erreicht. Beim Unternehmern Gärtner in Wittenberg wird noch zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet, doch wird auch da Ordnung geschaffen werden, sobald die Organisationsverhältnisse dies gestatten. In Jüterbog ist nach dreiwöchigem Streik ein voller Sieg errungen. Der Lohn beträgt in diesem Jahre 43 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 ab 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Bei Arbeiter aus Altes Lager werden bis 1. April 1907 2 $\frac{1}{2}$ mehr gezahlt. Vom 1. April 1907 wird auf den Bauten, auf dem Schießplatz, Neues Lager und Kaserneamt Jüterbog 11 48 $\frac{1}{2}$ und Altes Lager 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt.

In Treuenbriezen ist nach einer Verhandlung zwischen Unternehmern und Lohnkommission, die ganz plötzlich am 26. Juni, Nachmittags, von erstem genötigt wurde, eine Einigung zu Stande gekommen. Die geforderte Lohnerhöhung betrug 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Der Vertrag steht fest, daß für dieses Jahr 37 $\frac{1}{2}$, vom 1. Juni 1907 an 38 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Juni 1908 an 39 $\frac{1}{2}$ und 31. Mai 1909 39 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden sollen. Mit den Herren ist sehr schwer zu verhandeln; sie verfügen nicht über die dazu erforderlichen Umgestaltungsformen, und so schien ihnen die Anwesenheit der Gewerkschaftsvertreter immer sehr lästig, da diese auf geordnete Verhandlungen drangen. Hätten unsere Kollegen auch diesmal nicht allein verhandelt, so wären sie sicher von einem dreijährigen Vertrage, der eigentlich einem vierjährigen gleich kommt — am 1. Juni ist hier nämlich die meiste Arbeit fertig — verschont geblieben.

Die Unternehmern in Schwiebus haben den Schiedsspruch ebenfalls anerkannt; die Vereinbarung soll zwei Jahre Gültigkeit haben.

Durch Verhandlungen ist die Lohnbewegung in folgenden Zweigvereinsbezirken zum Abschluß gekommen:

Stralsburg. Lohnerhöhung von 47 $\frac{1}{2}$ auf 55 $\frac{1}{2}$.
H e i n s b e r g. Lohnerhöhung, und zwar für dieses Jahr 2 $\frac{1}{2}$ und für das nächste 1 $\frac{1}{2}$. Der Lohn beträgt dann 38 $\frac{1}{2}$.

P r e n d e n. Lohnerhöhung von 42 $\frac{1}{2}$ auf 47 $\frac{1}{2}$.

N o w a w e s. L. K o s s b a n n. Zweijähriger Vertrag, in jedem Jahre 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung, somit beträgt dann der Lohn 65 $\frac{1}{2}$.

W e l e n b e r g. Lohnerhöhung von 33 auf 35 $\frac{1}{2}$.

G r e i t z e. Lohnerhöhung von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$.

B a d e r d. Lohnerhöhung von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$.

J e d e n. Lohnerhöhung in diesem Jahre von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$ und im nächsten auf 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

In G ü s t r i n liegen Differenzen vor, so daß es wahrscheinlich zum Streik kommen wird.

In G o t t b u s und G u b e n sind unsere Kollegen infolge des Bauarbeiterstreiks in Wittenberg, gezogen.

Gau Ostern. In Baugen haben die Unternehmern auf eine Anfrage der Streikleitung, ob die Unternehmern gewillt seien, in Verhandlungen einzutreten, in einer Versammlung einstimmig beschlossen, mit uns jetzt nicht zu verhandeln. Ihre Ablehnung motivierten sie damit, daß die Bauten entsprechend besetzt seien und wir keine Leute zur Verfügung hätten. Die entsprechende Befragung besteht darin, daß zwei oder drei auf dem Gaden und Winkeln herbeigeholte Arbeitskräfte auf dem Bau stehen. Nur beim Obermeister und da, wo das Dresdener Ungeziefer ist, sind es einige mehr. Den Herren Unternehmern mag es selber ungemächlich werden bei dieser „Befragung“. Und dann die Bemerkung, wir hätten so wenig Leute zur Verfügung! Bräuden die Unternehmern welche, dann sollten sie nur bewilligen, die Abgerückten kommen dann schon wieder. Geradezu krampfhaft sind die Bemerkungen der Unternehmern, anderwärts Arbeitskräfte anzuwerben, um für weitere Befragung der Bauten zu sorgen. Im größten Druck ist unter anderen Bau-

meistert. Auch sind von dem Neubau der Kaserneleiserne einige Gebäude übertrugen worden. Am streiken die bösen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter schon fünf Wochen und wollen nicht mehr werden. Auch die Dresdener Streikbrechervereinigungen reichten nicht aus, um das ganze Kapital retten zu können. Man scheint aus schon an dieser Kapitalist genug zu haben; denn kein Unternehmer scheint sich mehr recht um sie zu kümmern. Zur Abwechslung will man es jetzt einmal mit Italienern versuchen. Am Montag traf ein italienischer Unternehmer ein. Herr Kubitz hatte ihn kommen lassen und wollte ihm die Arbeit an der Kaserne übertragen. Vermittels der drahtlosen Telegraphie wurde die Streikleitung benachrichtigt. Dasselbe eilte herbei und teilte dem Italiener die Sachlage mit, ehe er bei Kubitz Briefe machte. Wie haunnte der Italiener, als er hörte, daß hier so niedrige Löhne gezahlt werden und warum gestreikt wird. „Wird wohl mit werden mit Geschäft“, sagte er immer wieder. Und es ist auch wieder nicht geworden, trotz Baumeister Kubitz Gedacht haben, als der Italiener nach breitschmiedend Verhandeln resultiert dasbavong. Herr Kubitz mag sich sehr gewundert haben, als der Italiener erklärte, er müsse seinen Leuten mindestens 48 A zahlen. Welleicht kommen die Herren einmal zu der Einsicht, daß es besser ist, wenn sie sich mit uns einigen. Nun sind wir genötigt, noch einmal auf die Dresdener Streikbrechervereinigungen zurückzukommen. Das Benehmen dieser Herren wird jetzt geradezu gemeingefährlich. Seit da so ein Mannstreicher am Sonnabend im hiesigen Bahnhofstunnel-Museum und spielt und rennieren mit einem Revolver. Welleicht erdrückt ein Schuß und bringt einen Säusler aus Schmarzaußigkeit in die rechte Hand. Nun durch blühendes Wäden entging ein Wächter der Gefahr, den Schuß in den Kopf zu bekommen. Nach Feststellung seiner Personalien ließ die Polizei den Helden laufen. Es ist der Maurer Mitzsch er aus Dresden. Merkwürdig ist es auch, daß die Polizei noch keinen amtlichen Bericht an die „Bourgeois Nachrichten“ gelangen ließ. Das ging doch damals so schnell, wie die Streikbrecher die Mäute auf die Streikenden machten. Allerdings dort stand es umgekehrt. Aus dem sonstigen Verhalten der Behörden drängt sich uns die Vermutung auf, als geleite es nur die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Siehen da vorige Woche einige Streikende auf der Bismarckstraße und unterhalten sich ruhig mit einem Bauunternehmer. Welleicht, wahrscheinlich telephonisch herbeigerufen, eilt ein Schutzmann per Auto herbei und poliert sich neben die Dastehenden. Wie er sieht, daß nichts zu retten ist, fragt er den Unternehmer, ob er wieder gehen könne. Darauf die prompte Antwort, ja wohl, es ist weiter nichts. Nur immer weiter so. Solche Polizeidienste klären die Arbeiterkraft auf, und das ist auch zu unserem Besten. Die Kollegen lassen sich auch nicht irre machen und werden den Kampf weiterführen. Die Abgereichten eruchen wir, auszuhalten, bis ein Erfolg erzielt ist.

Gau Leipzig. Ueber den Streik in Zwickau ist zu berichten, daß sich dieser durch die Arbeitsminderungen der Arbeiter selbstredend noch günstiger gestaltet hat. Es haben 180 Arbeiter und 8 Stellen den Meistern den Rücken gekehrt und sich dem Streik angeschlossen. Auf das Schreiben, daß am 22. Juni von der Streikleitung an den Arbeitgeberverband gelangt wurde, erhielt der Vertrauensmann eine Einladung, in das Bureau des Baumeisters A. Schmidt bezugs einer Befragung zu kommen. Dieser wollte nur wissen, ob die Maurer noch auf ihren Forderungen beharren. Auf die bejahende Antwort und die Aufzählung des Unfalls, daß die Maurer eine Ausdrucksweise hierüber wollen, erklärte Schmidt: „Dann können Sie weiter streiken!“ Weiter sprach er sich dafür aus, daß der Streik rein vom Zaune gebrochen sei. Seine Leute hätten zum Beispiel ihm garnichts davon gesagt; er wäre ganz und gar in Unkenntnis hierüber gewesen. Und dabei ist die gerechte Forderung, die die Maurer gestellt haben, schon 15 Jahre alt und den Unternehmern mindestens ein Duzend mal schriftlich zugesandt worden! Weiter ist zu berichten, daß namentlich auch Baumeister Quied die Forderungen anerkannt hat und deshalb die Arbeit bei demselben wieder aufgenommen werden konnte. Auch Baumeister K. Richter hatte sich erboten, die zeitspendende Arbeitszeit und 40 A Stundenlohn zu gewähren. Darauf konnte man aber bei einem einzelnen Meister nicht eingehen. Wenn dieses Angebot vom Arbeitgeberverband ausginge, ließe sich darüber reden. Nach diesem ist anzunehmen, daß der Streik wohl noch eine Zeit dauern wird, denn das Zwickauer Bauunternehmertum sieht sich eben noch auf dem hohen Berge. Das muß erst fests gemacht werden, und das kann nur geschehen, wenn die Maurer einig und geschlossen im Streik ausbleiben und nicht zu Streikbrechern werden bzw. dafür sorgen, daß nach hier keine Streikbrecher kommen. Daß den Unternehmern das Feuer schon auf den Nägeln brennt, beweist, daß sie alles versuchen, um Arbeitsnützige zu bekommen. Doch war alle Bemühung nach dieser Richtung hin bisher vergeblich und wird es auch für die Zukunft bleiben. Man hat sogar an die Streikbrecherorganisation nach Dresden geschrieben, aber auch deren Mitglieder lehnen es ab, nach hier zu kommen, nachdem sie sich von den Lohnverhältnissen unterrichtet hatten. Ja, es geht noch viel weiter: Inzwischen, die sonst überhaupt keine Arbeit bekommen, bietet man jetzt 60 A die Stunde, um sie zum Weichen zu veranlassen. In anderen vom Bauwerk abhängigen Gewerben macht sich der Streik auch schon recht fühlbar. Das tut uns zwar leid, aber ändern können es nur die Unternehmer, wenn sie unsere Forderungen bewilligen.

In Penz tagte Sonntag, 1. Juli, eine öffentliche Maurerverammlung, die sich mit der Lage des Streiks beschäftigte. Beiläufig haben die Unternehmer Vogel und Rehbold aus Penz, und der Unternehmer Heinrich aus Langenleuba-Oberhain, der auch immer Bauten hier ausführt. Da nun bei den anderen beiden Unternehmern keine Aussicht mehr auf Erfolg vorhanden war, wurde beschlossen, den Streik aufzugeben. Ueber die Unternehmer H. Kellriegel und J. Köhler wurde die Sperre verhängt, weil sie gekommen und die noch zu einer anderen Einsicht, denn die beiden sind die Hauptfiguren am Platze. Als Streikbrecher-Agenten haben sich besonders hervorzuheben der frühere Kollege Emil Wegel aus Borsdorf, und der Lichke Johann-Kamen aus Miskowitz bei Rattau in Bismarck.

Die Kollegen in Merseburg fordern 45 A Stundenlohn. Die Unternehmer haben jede Lohnaufbesserung abgelehnt; es dürfte darum bald zum Streik kommen.

Gau Magdeburg. Zu dem letzten Zug von Italienern nach Bernburg, der in Nr. 25 unseres Blattes erwähnt wurde, gibt Kollege Dege in Halle die Erklärung, daß die von ihm mit einem Kostenaufwand von M. 92,05 abgeschobene

Kolonne nicht nach Bernburg, sondern in Begleitung zweier durchreisender Kollegen nach Jena I. 23. gefahren ist.

In Bernburg ist der Zimmerstreik wegen der überhandnehmenden Streikbrecher aufgehoben. Die Aussperrungsgelüste sind den Unternehmern dadurch nicht ausgeübt.

Der Streik in Gardelegen scheint den Unternehmern schwer im Magen zu liegen. Um dieses Übel zu beheben, arbeiten sie mit der Materialsperrung. Der Unternehmer Brönger hat die Forderung unserer Kollegen bewilligt, man soll ihm die Materialzufuhr abgeschnitten werden.

Der „Kollege“ Fritz Wüsterhaus — der Bursener Kollegen besonders gut bekannt — ist, trotzdem er den Streik am meisten propagierte, zum Streikbrecher geworden, weil seine unerschämten Unterstützungsansprüche abgewiesen werden mußten.

In Heddingen ist die Bewegung erloschen. Resultat 3 A Lohnerhöhung.

In Schwanebeck lehnte die entscheidende Versammlung den Streik ab, weil die Bauherren das Unternehmertum in tatkräftiger Weise durch Schließung der Baupläge unterstützen und weil ferner eine Lohnerhöhung von 2 A eingetreten ist.

Gau Erfurt. Die Maurer Rudolfsbads forderten von ihren Meistern eine Lohnerhöhung von 38 auf 40 A. Diese haben sich hierzu direkt ablehnend verhalten, worauf in einer sehr stark besuchten Versammlung am 29. Mai die Arbeits-einstellung beschlossen wurde. Die Meister suchen nun in auswärtigen Zeitungen Maurer nach hier, was ihnen aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Die Situation des Streiks ist bis jetzt gut; wir hatten zwar mit einem starken Zug von Italienern und Böhmern zu rechnen, die aber alle den Ort wieder verlassen haben. Jetzt hat sich ein „Kollege“ Namens Hermann Böhmert bewegen gefügt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wie es scheint, hat er geglaubt, verhängen zu müssen, denn sein resoluter Ehebrecher hat ihn zu diesem Schritt aufgefordert. Die Meister verhalten sich unseren Forderungen gegenüber ablehnend. Ein Meister, der nicht im Unternehmerverein ist, hat uns das Angebot gemacht, jetzt 39 A und im nächsten Jahre 40 A zu zahlen, worüber wir uns aber noch nicht schlüssig geworden sind.

Der Streik in Suhl dauert unverändert fort. Die Unternehmern stellen alles Mögliche und Unmögliche an, um die Arbeitsnützigen zu schädigen. Daß da auch Mittel gebraucht werden, die ein ausländischer Mensch verabsäumt, darf nicht unternehmen, da auch hier, wie überall, die Unternehmer dem jesuitischen Grundgedanken huldigen: Der Zweck heiligt die Mittel. So wurde ein Kollege beim Vorhanden des siddischen Kriegerbundes denunziert, daß er ein Sozialdemokrat sei, bloß weil er seinen streikenden Kollegen nicht länger mehr in den Rücken fallen wollte. Der Unternehmer Kopf hat offen gesagt, daß er der Denunziation gewillt sei. Nun, der Kollege wird den Schmerz zu ertragen müssen. Der Unternehmer Weißbrodt sucht Arbeitskräfte durch Manipulationen zu erlangen, die bald einer Vorprüfung solcher Sachen ähnlich sehen. Da er seinen Wohnsitz in Wichtsbauhen hat, prengt er aus, der Streik berühre nur Suhl. Ausdrücklich ist hier festgestellt, daß nicht allein in Suhl, sondern auch bei Weißbrodt in Wichtsbauhen gestreikt wird. Die Unternehmer, die angeblich 38 A nicht zahlen zu können, bieten jetzt schon 40 und 42 A. Daraus ist zu ersehen, daß die Herren schon bezahlen können, wenn sie nur wollen. Leider haben sich auch einige Maurer (?) gefunden, die, aller Solidarität bar, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Ob aber die Unternehmer mit deren Leistungen zufrieden sind, bezweifeln wir; sind es doch solche Arbeiter, die zu einer anderen Zeit kaum Stellung finden würden. Folgen wir den Unternehmern während des Lohnkampfes auch nicht auf jenes Gebiet, wo Anstand und gute Sitte ein Ende haben, so muß doch ausgesprochen werden, daß durch solche Handlungsweise das spätere gute Unternehmern auf lange Zeit hinaus gefährdet ist. Unsere auswärtigen Kollegen sowie die gesamte Arbeiterkraft eruchen wir, uns in unserem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß man den Zugzug streng fernhält.

Gau Nürnberg. An allen Orten, wo wir mit den Unternehmern um die Verbesserung unserer Lebenshaltung streiten, handelt es sich schon seit Wochen nicht mehr darum, daß die Unternehmer den geforderten Lohn nicht zahlen können; was jetzt zu entscheiden ist, ist die Machfrage. Die Unternehmer wollen unter allen Umständen „herr im Hause“ bleiben, d. h. nach Willkür jetzt und später die Lohn- und Arbeitsbedingungen allein festsetzen. Ob das den Herren gelingen wird, ist noch fraglich.

In Hof hat ein Unternehmer, dem es gewaltig auf den Fingern brennt, bereits beraten, daß die Unternehmer recht gerne den geforderten Lohn bezahlen wollen, wir sollten nur anfangen, zu arbeiten, damit es nach außen nicht bekannt werde. Aber mit solchen leeren Versprechungen lassen sich unsere Kollegen nicht fangen. In der letzten Woche haben sich die Dinge zu unseren Gunsten geändert, indem eine auswärtige Firma zwei große Fabrikneubauten hier ausführt und unsere Forderung, die wir von 45 auf 43 A Mindestlohn pro Stunde reduziert hatten, bewilligte. Die Firma benötigt circa 100 Maurer. Wir können alle Streikenden und einen Teil der verzeiraten Kollegen, die auswärts in Arbeit stehen, dort unterbringen. Also auch wenn die Hof'ser Unternehmer nicht den gleichen Lohn bewilligen wollen, der Kampf kostet uns keine großen Opfer mehr. Die Unternehmer haben allerdings beschlossen, vor dem 1. Oktober d. J. freitende Maurer nicht mehr einzustellen, also bis zu diesem Datum auszusperrten, die Herren wären aber recht froh, wenn die Maurer kommen würden. Aber das kann nur nach vorheriger Verständigung geschehen.

In Dargenth steht der Streik so wie in der letzten Woche. Die meisten Wäuten stehen still, nur vereinzelt findet man die Lehrlingen, Poliere und Kontorpersonal an der Arbeit. Aber die Wäuten kommen nicht vorwärts; denn die Poliere mit den paar Streikbrechern können nicht gerne harte Bretter. Der Maschinenneubau steht schon sechs Wochen still, ohne daß die Bauverwaltung einen Finger rührt; man kann hieraus ersehen, daß, wenn auch feiergetzt das Kriegsministerium den Antrag des Arbeitgeberverbandes, die Streikfallung in die Submissionsbedingungen aufzunehmen, ablehnte, man dem Unternehmertum doch in der weitgehendsten Weise entgegenkommt.

In Burgarnbach, einem Vorort von Fürth, wo unsere Kollegen den gleichen Lohn und dieselbe Arbeitszeit fordern, die in Nürnberg und Fürth besteht, nahmen

die zwei Unternehmer eine ablehnende Stellung ein, weshalb alle am Ort beschäftigten Kollegen die Arbeit einstellen. Unterhandlungen fanden bereits statt, führten aber bisher noch zu keinem Resultat.

In Regensburg haben unsere Kollegen, um zu zeigen, daß sie den Frieden auf gutem Wege herbeiführen wollen, das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Ob die eingeleiteten Unterhandlungen aber zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Der Stand des Streiks ist noch der gleiche, wie vor mehreren Wochen. Die Unternehmer sind weiter auf der Suche nach Arbeitswilligen, die aber fast alle von uns wieder abgeschoben werden. Der Unternehmer Weber läßt die Streikbrecher täglich mit einem Landauer nach und von der Arbeitsstelle bringen, damit sie mit den Streikenden nicht in Berührung kommen.

In Regensburg ist in dem Stand des Streiks eine Aenderung noch nicht eingetreten; unsere Kollegen kämpfen für ihre gerechte Forderung mit der gleichen Einmütigkeit weiter und lassen sich von den paar Streikbrechern in keiner Weise beeinflussen, manemühtig zu werden.

Im Vohngelbiet Nürnberg-Fürth haben wir mit dem „Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Mittel-franken“ Unterhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem Ergebnis führten, da die Unternehmer sich auf einen vollständig ablehnenden Standpunkt stellten. Sie verlangten, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen bis zum Schluß des Jahres weitergearbeitet werde, dann wollen sie mit uns vom 1. Januar 1907 an einen neuen Vertrag eingehen. Dies Anerbieten mußte von uns abgelehnt werden, da wir daran festhalten müssen, daß in diesem Jahre, und zwar vom 1. Juli an, eine Lohnerhöhung eintritt. Die Unternehmer haben für ihr Verlangen allerlei Gründe, die aber nur als Ausreden aufgeführt werden können. Sie wollen nicht gewußt haben, daß die Maurer und Baugewerksarbeiter bei Ablauf des alten Vertrages neue Forderungen aufstellen würden, und solche hätten ihnen nicht vier Wochen, sondern mindestens ein Vierteljahr vorher zugehen müssen und dergleichen mehr. Der Rede kurzer Sinn ist aber, daß die Unternehmer nichts bewilligen wollten, weshalb eine am 29. Juni tagende Mitglieder-versammlung beschloß, am 1. Juli in den partischen Streik einzutreten. Unsere Handvoll Zentrumschriften haben nachträglich gleichfalls eine Lohnforderung eingereicht, deren Inhalt uns aber unbekannt ist. Sie wurden, ohne uns irgend ein Wort davon mitzuteilen, vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes zu den Unterhandlungen eingeladen. Während der Unterhandlung kam man auch darauf zu sprechen, daß man uns hätte mitteilen sollen, daß noch eine zweite Organisation zur Unterhandlung beigegeben sei. Wir erklärten, daß wir von unseren Mitgliedern keine Vollmacht hätten, mit den Christlichen gemeinsam einen Vertrag abzuschließen. Dies veranlaßte den „Christlichen“ Gewerkschaft, eine „große“ Rede zu halten. Er meinte: es sei uns nicht ernst mit unserer Forderung; betragte Forderungen würden nicht im Interesse der Arbeiter gestellt, wir seien Schachmänner usw. Er hatte aber das Recht, daß ihm die Vertreter der Unternehmer ein Bravo zuriefen, woraus man wohl am deutlichsten ersehen konnte, wer die Interessen der Arbeiter vertritt.

Gau München. In Augsburg stehen die Kollegen in der Bewegung. In einer stark besuchten Versammlung am 27. Juni wurden die Forderungen aufgestellt: 9 stündige Arbeitszeit und 48 A Lohn; am 1. Mai 1907 soll der Lohn auf 60 A erhöht werden. Die Augsburger Kollegen haben es nötig, etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu tun, denn nach einer kürzlich aufgenommenen Statistik erhalten von 759 Maurern nur 319 den Höchstlohn von 46 A. Die nächsten Tage werden zeigen, wie sich die Unternehmer zu der Forderung stellen.

Der Maurerstreik in Landshut dauert nun schon drei Wochen und noch haben die Unternehmer keine Lust gezeigt, auf eine Beilegung des Streiks einzugehen. Ihre Anstrengungen, Arbeitswillige zu fördern, haben bis jetzt nur ergeben, daß ein einziger Landmaurer die Arbeit aufnahm. Von den Streikenden ist bis jetzt noch keiner zum Berichter geworden. Einige alte und inbaldige Leute sowie die meisten Poliere sind festge-schlossen, aber um die Unternehmer aus der Patzke zu schmeißen, sind sie doch viel zu schwach. Die Meister arbeiten, Gehwirts fungieren als Bauleiter, Schaffner, Bucher aus Schwabenland macht Streikarbeit, aber alles hat nicht den gewünschten Erfolg. Es wird also den Unternehmern nichts weiter übrig bleiben, als sich zu Zugeständnissen zu bequemen.

Gau Mannheim. Den Unternehmern in Forstheim ist das Aussperrn sehr bald leid geworden. Am Dienstag, den 26. Juni, kam es zum Abschluß eines neuen Vertrages. Der erste Vorschlag (vom 1. Januar 1907 an 62 A pro Stunde zu zahlen) wurde, wie vorausgesehen war, seitens der Kollegen fast einstimmig abgelehnt. Die Kollegen bestanden auf einer baldigen Lohnerhöhung. Dies wurde bei Fortsetzung der Verhandlungen den Unternehmern mitgeteilt. Nach langem Hin und Her bereiteten die Unternehmer für sich und erklärten dann als letztes Wort, sie wollten 1906 vom 1. August an 60 A pro Stunde, vom 1. Januar 1907 bis 31. März 1908 62 A zahlen. Nachdem wir ebenfalls über diesen Vorschlag getrennt beraten hatten, gaben wir die Erklärung ab, wenn die Unternehmer vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 64 A zahlten, seien wir bereit, für dies Angebot einzutreten. Nach einigen Widerreden nahmen die Unternehmer diesen Vorschlag an. Die Aussperrten erklärten sich mit diesen Zugeständnissen ebenfalls einverstanden, und so wurde am selben Tage Nachmittag 6 Uhr der neue Vertrag unterzeichnet. Die Unternehmer haben noch für ihre Aussperrungswort 6 A Lohnerhöhung zu zahlen. Für Ueberstunden gab es früher 10 A, jetzt 16 A. Der Lohn muß stark nach, jetzt der Feierabend ausgegahlt werden. Am Schluß wurde noch hinzugefügt, daß der Teil, der am 31. Dezember 1909 den Vertrag kündigt, die Pflicht hat, sofort das Einigungsamt anzufragen. Nachdem der Vertrag unterzeichnet war, hielt der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes noch eine sehr schöne Rede. In dieser wurde herbeigedehnt, daß die Unternehmer endlich Frieden halten würden, sie würden den Maurern nichts nachtragen, daselbst sollten auch die Maurer tun. Kollege Forster erwiderte darauf, den Maurern sei es immer ernst um den Frieden zu tun gewesen. Damit hatte die Aussperrung ihren Abschluß gefunden. Der Ausgang dürfte für die Schachmänner eine gute Lehre gewesen sein.

In Seewetter haben sich einige Dorfmeister gefunden, die den Unternehmern mit ihren Dorfmaurern zu Hilfe gestellt sind. Außerdem sind 28 Italiener vorhanden, die unter polizeilicher Aufsicht Streikbrecherdienste verrichten. Da nur noch sechs Streikende am Ort sind, so wurde beschlossen, das diese sich ebenfalls auswärts Arbeit suchen. Der Streik wird trotzdem weitergeführt. Von den übrigen Orten ist neues nicht zu berichten.

Gau Köln. In Düsseldorf ist der Vertragsstreik, wie er aus den Verhandlungen mit den Unternehmern hervorgegangen ist, von den Kollegen angenommen. Die Zimmerer und Bauarbeiter hatten bereits vorher ihre Zustimmung dazu erklärt. Danach werden vom 1. Juli d. J. an bei neuem halbjährlicher Arbeitszeit 574 A gezahlt. Am 1. April 1907 erhöht sich der Lohn auf 60 A. Der Vertrag läuft bis zum 1. April 1908. Die endgültige Unterzeichnung von beiden Seiten wird inzwischon auch schon erfolgt sein.

In Neuk wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden vergrößert und der Stundenlohn von 48 A auf 48 A sofort, vom 1. August an auf 50 A und vom 1. März 1907 an auf 55 A erhöht.

In Rath wurde der Stundenlohn durch Vertrag von 64 auf 67 A erhöht.

Die Aussperrung in Düren dauert seit dem 2. Juni unverändert fort. Der Versuch, durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert. Der Arbeitgeberverband hat am 18. Juni eine Erhöhung des bisherigen Lohnes von 48 A auf 45 A für die Stunde angeboten; die Lohnkommission der Arbeiter hat am 22. Juni erklärt, hierauf angesichts der teuren Lebensverhältnisse nicht eingehen zu können und eine weitere Lohnherabsetzung verlangt. Am 23. Juni hat nun die Lohnkommission die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters angerufen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat die Antwort gegeben, daß er nicht in der Lage sei, sich auf irgend welche Verhandlungen einzulassen; die Unternehmer seien mit ihrem Angebot an die Gewerkschaften bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen und müßten, um konkurrenzfähig zu bleiben, hieran festhalten. So wird der Ausstand leider noch weiter dauern.

In Elberfeld-Warmen sind die Maurer und Baugewerksarbeiter am 8. Juli in den Streik eingetreten. Der bergliche „Schugverband für das Baugewerbe“ hatte sich zwar zu Verhandlungen herbeigekoppelt, aber schon der Umstand, daß er die Gaulteiler von der Teilnahme ausschloß, ist bezeichnend für ihn. Eine Einigung, bei der die Arbeiter auf ihre Rechnung kamen, war nicht zu erzielen. Der Zugzwang muß streng ferngehalten werden.

Gau Dortmund. Die Sperre über die Firma Gebr. Hey in Sörde ist wieder aufgehoben. Die Mithände sind befreit und die Kollegen alle wieder eingestellt, soweit sie nicht schon andere Arbeit angenommen hatten. Die Arbeit wurde am 27. Juni wieder aufgenommen. Gebr. Hey haben sich jetzt einen höflicheren Ton angewöhnt wie vor der Sperre.

Gau Hannover. In Minden ist die Zahl der durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidenhaft gezogenen Kollegen erheblich größer geworden. Das Ereignis wies am 30. Juni folgende Zahlen auf: In Mitleidenhaft gezogen 143, hierbon abgereist resp. anderweitig untergebracht 85, bei einem Unternehmer, der die Bauarbeiterforderung bewilligt hat in Arbeit getreten 7, so daß noch 61 Kollegen am Orte sind; diese Zahl wird sich am Montag, den 2. Juli, durch weitere Abreise mindestens um Zweidrittel verringern. Bei gesperrten Unternehmern arbeiten noch 7 Poliere, 6 Geleiten und 14 Beihilfen, die nichtgeperrten 7 Poliere, 81 Geleiten und 10 Beihilfen. Eine Versammlung am 30. Juni, die sich mit der augenblicklichen Situation beschäftigte, faßte den Beschluß, daß überall da, wo die Forderung der Bauarbeiter bewilligt würde, auch unsere Kollegen sofort die Forderung von 45 A Stundenlohn stellen und im Weitergehenden die Arbeit einstellen sollten.

In Detmold, wo von unserer Organisation 182 Kollegen am Streik beteiligt sind, sind noch 7 Kollegen zu unterhalten. Jedemfalls ein günstiges Resultat. Zwei Unternehmer haben die Forderung bewilligt. Am 3. Juli finden durch Vermittlung des Oberbürgermeisters von neuem Einigungsverhandlungen statt. Es liegt nun an dem Entgegenkommen der Unternehmer, ob eine Einigung zu erzielen ist. Die Maurer haben die wenigsten Ursache, Konzeptionen zu machen. Mit welchen Arbeitskräften sich die Unternehmer über Wasser zu halten haben, beweist ein Fall in der Hermannstraße. Dort hat ein Unternehmer einen Kanalanschluss ausführen lassen. Der liebe Arbeitswille, vom Maurerhandwerk keine blasse Fiktion, sondern Hammer und Säge und eine Schaufel in die Hand gebracht, und nun beginnt seine wälderliche Minierarbeit. Der brave Arbeitswille hat sich aber als allzu unfähig erwiesen; denn die Wände stürzte zusammen. Eine hieran folgende Treppenhauseinbaue, zwei Geschos hoch, hatte so wenig Interesse an dem Beschenden, daß sich die Spuren des gewaltsamen Umsturzes recht deutlich bemerkbar machten, und der Unternehmer nichts Gileres zu tun hatte, als das nach zwei Seiten freilegende Treppenhause abzubauen. Die Robote sind auf den Steilen erhalten geblieben, sonst müßten die Einwohner auf Balken ihr Heim zu erreichen suchen. Aber es gibt immer noch Glück im Unglück! Es kann jetzt der Kanalanschluss mit weniger Schwierigkeit ausgeführt werden, und das ist der Abschied resp. Einlösung schon wert.

Der neugegründete Arbeitsnachweis in Hildesheim hat seine Wunde bereits wieder zugenäht. Der Herr Sekretär, ein Tischlermeister, steht wieder an der Spitze. Der ganze Arbeitsnachweis war aber auch nicht mehr wert, wie dem Ortsleiterantwortet zu werden. Der § 1 der Geschäftsordnung bestimmt freilich, daß den lange Jahre in Silberstein und Umgebung beschäftigten oder amnestigen Arbeitern in erster Linie Arbeit nachzuweisen sei. Das war ja ganz recht gedacht! In der ersten Arbeitswoche wurde es „ebenfalls“ anders ausgefallen. Nach § 6 Abs. 2 steht es den Arbeitgebern frei, von den ihnen vom Arbeitsnachweis zugeleiteten Gesellen und Arbeitern nur diejenigen einzustellen, die ihnen am meisten zusagen. (1) Der § 8 bestimmt: Wenn ein Arbeitsverhältnis Arbeit angenommen, befristet oder nicht rechtzeitig angelehnt hat, so erhält er vor Ablauf einer Woche vom Tage der Arbeitsaufnahme an gerechnet, keinen neuen Arbeitsnachweis. (2) Man ist der Nachweis den Weg alles Fleißes gegangen. Abgereist sind während der ganzen Dauer des Kampfes 126. In neuen Bedingungen arbeiten 20 Kollegen, am Orte zu unterhalten sind noch 28. Alles mögliche ist seitens der Unternehmer

versucht worden, die Frauen der Abgereisten dafür zu gewinnen, daß sie ihre Männer beinflussen, zurückzutreten. Und die Poliere haben die ganze Umgebung bearbeitet, um Maurer zu bekommen. Nichts will fruchten! Am nun die Unternehmer nicht ganz in der Patsche liegen zu lassen, arbeiten die Poliere in Kolonnen von 6—8 Mann zusammen, um immer erst das Notwendigste zuerst zu erledigen. Wenns drängt, werden auch noch einige Lieberstunden geleistet. Die Beihilfen werden bis zum äußersten geschunden, um ja nur der Liebe des Unternehmerns verführt zu sein. Wenn hierin die Poliervereinigungen die Lösung ihrer Aufgaben erblickt, so darf man wohl mit recht sagen: Phui, Teufel!

In Rieburg, wo unsere Kollegen seit dem 9. April wegen des Zimmererstreiks ausgesperrt sind, findet Mittwoch, den 4. Juli, auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters eine Verhandlung statt. Wenn die Unternehmer einwillig den Frieden wollen, dürfte sich ein Weg zur Einigung wohl finden lassen.

In Gronau fand am 26. Juni abermals eine Verhandlung statt. Die Unternehmer erklärten abermals, mehr als 35 A nicht zahlen zu können. Nun war dort vor einiger Zeit eine Submision über Herstellung eines Kanals für eine Wasserleitung ausgegeben. Dieser verlangte Kamberater-Ges. A. 2800, Mühlenberg-Gronau A. 3106, Hinge-Wantel A. 2600, Schrauber-Wantel A. 2200. Schrauber ist nun der Glücklichste, der die Arbeit ausführen darf! Daß nun ein solcher Preis keine Erhöhung des Lohnes betragen kann, versteht sich am Rande. Unsere Kollegen in Gronau haben jetzt das Wort.

Gau Bremen. In Bremen sind die Beihilfen und Konjunktoren wieder beim Stillstand. Seit Pfingsten stehen dort die Klempner im Streik. Mit diesem Streik beschäftigte sich eine Versammlung des „Bereins bremischer Baugewerksmeister“, über die glücklicherweise ein Bericht herausgekommen ist. Selbstverständlich führte auch Beihilfen hier das große Wort. Er sagte u. a.: Man solle einen Arbeitswillingen hüten wie seinen Augapfel, denn Maurer usw. seien zu erziehen, aber ein arbeitswillinger Klempner sei nicht zu erziehen. Wir müssen dann soviel wie möglich Leute entlassen, weil die Streikenden lebendig von unserem eigenen Geld unterstügt werden, um auf diese Weise einen Druck auf die Streikenden auszuüben.

Die Versammlung nahm dann ohne Abstimmung folgende Anträge an: 1. Die Bauarbeiter sofort zu entlassen, die einen Klempnermeister oder Arbeitswillingen auf einem Bau beschäftigen; falls der betreffende Unternehmer es nicht tut, den Betreffenden sofort in der Zeitung zu benennen. 2. Daß die Meister so schnell wie möglich alle nur irgend zu entlassenden Leute entlassen, und zwar nicht nur Maurer, sondern sämtliche Bauhandwerker, mit der Ausnahme: Ja, wenn die Klempner nicht streikten, brauchte ich Sie nicht zu entlassen. 3. Auf keinen Fall zu dulden, daß die Arbeiter allgemein freigegeben, damit nach Beendigung des Klempnerstreiks die Meister mit Arbeitswillen überhäuft sind. 4. Alle Meister verpflichten sich, den entlassenden Geleiten gemeinschaftlich zu tragen, die Klempnermeister zu unterstützen, damit diese ihren Laiz durchziehen, und daß unter keinen Umständen der Ablauf des neuen Vertrages den 31. Dezember 1908 überschritten darf. 1908 sollen sämtliche Verträge der Bauhandwerker ablaufen.

Danach schieden es diese Leute wieder auf einen Konflikt mit den Arbeiterorganisationen abgehen zu haben. Die hier gefassten Beschlüssen müssen festgehalten werden, um spätere Gegenüberstellungen zu verhindern. Denn wenn die Unternehmer einen solchen Beschluß, wie den unter Nr. 2. fassen und durchzuführen, so ist das eine Verletzung des Vertrages, die um so schärfer ist, als man hier einen harmlosen Charakter geben will. Nach alledem werden sich die bremischen Bauarbeiter ernsthaft mit der Frage beschäftigen müssen, ob eine solche Gesellschaft überhaupt noch lebensfähig ist.

Gau Hamburg. In Cuxhaven haben am 25. Juni von 123 in Beschäftigung gestandenen Kollegen 95 die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer die Lohnforderung, über die in der letzten Nummer des „Grundstein“ berichtet ist, nicht bewilligen wollten. Von den Streikenden haben gleich am ersten Streiktag 38 Kollegen Cuxhaven verlassen. Die Arbeitslosigkeit ist hier gut. Wenn die Kollegen nicht wankelmütig werden und der Zugzwang streng ferngehalten wird, müssen die Unternehmer recht bald nachgeben.

In Hamburg haben die Bauhilfsarbeiter einen partiellen Streik beschlossen. Seit dem 28. Juni sind bei verschiedenen Unternehmern Bauplätze verhängt, wodurch eine größere Anzahl unserer Kollegen in Mitleidenhaft gezogen ist. Die Ursache dieses partiellen Streiks ist die Weigerung der Innung, mit den ungelerten Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vereinbarung festzusetzen. Der Dinkel der Nummer und Konjunktoren läßt es nicht zu, mit den Hilfsarbeitern zu verhandeln, sie halten es ebenfalls für wärdig, wenn ihnen durch den Lohnkampf die Bedingungen diktiert werden, und das wird den Bauhilfsarbeitern bei der guten Konjunktur sicher gelingen. Jeder hat das Recht, sich so gut zu blamieren wie er es kann, das gilt auch für die Herren Nummer- und Konjunktoren. Dieser Lohnkampf der Bauhilfsarbeiter nicht beendet ist, werden unsere reisenden Kollegen im eigenen Interesse handeln, wenn sie Hamburg fernbleiben.

In Altona haben die Bauhilfsarbeiter Sonntag, den 1. Juli, beschlossen, Montag, den 2. Juli, einen partiellen Streik zu unternehmen, um die von den Unternehmern abgelehnte Lohnforderung zur Durchföhrung zu bringen. Voraussetzungslos wird der Streik einen größeren Umfang annehmen und unsere Kollegen werden in Mitleidenhaft gezogen werden. Zugzwang Altona. Ist ferngehalten.

Der Zweigverein Witten in Ravensburg hatte den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet, nach der der Stundenlohn für dieses Jahr von 37,5 A auf 45 A und ab 1. Januar auf 50 A erhöht werden soll. Diese Forderung ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Am 30. Juni wurde in einer gut besuchten Mitgliederversammlung beschlossen, noch einmal mit den Unternehmern durch die Lohnkommission Rücksprache zu nehmen und bei einer ablehnenden Stellung der Unternehmer am 9. Juli die Arbeit einzustellen.

Gliesenleger.

München. Am 24. Juni beschäftigte sich eine Gliesenlegerversammlung mit der Stellung der Firma Myerle zu unserem Laiz. Aus dem Bericht der Kommission ging hervor, daß die

Firma Myerle nicht gewillt ist, unseren Vertrag, der von allen übrigen Firmen anerkannt und innewgehalten wird, auch anzuerkennen. Der Herr Myerle lehnt es mit der Begründung ab, daß er das Mitleidenhaft nur nebenbei und es insofern nicht nötig habe, sich von ihm irgend welche Vorteile machen zu lassen. Da nun aber in München alle Gliesenleger organisiert sind und auch keiner gewillt ist unter schlechteren Bedingungen als die der Vertrag enthält, zu arbeiten, so wurde beschlossen, über das Geschäft die Sperre zu verhängen.

Der Kampf in Wien — beendet.

Der großartige Kampf im Wiener Baugewerbe, der volle sieben Wochen dauerte, wurde am 30. Juni beendet. Am Montag, den 2. Juli, erfolgte die Aufnahme der Arbeit auf der ganzen Linie. Die Maurer und alle Arbeiter des Baugewerbes können mit dem erzielten Erfolge voll zufrieden sein. Die Maurer hatten vor Ausbruch des Kampfes einen Stundenlohn von 45 Heller, der geschlossene Vertrag garantierte ihnen einen Stundenlohn vom 2. Juli bis 31. Dezember 1906 von 50 Heller; vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1908 einen Stundenlohn von 54 Heller, vom 1. Januar 1909 bis 30. April desselben Jahres einen Stundenlohn von 58 Heller. Lieberstunden werden um 10 pSt. besser entlohnt. Im Juli 1908 treten beide Organisationen zusammen, um die Arbeits- und Lohnbedingungen für die Jahre 1909 und 1910 festzusetzen. Der Erfolg, der in materieller Beziehung errungen wurde, ist ganz bedeutend; er ist um so höher anzuschauen, als die Unternehmer noch am Montag, den 25. Juni, erklärten, unter keinen Umständen für das Jahr 1906 auch nur einen Heller über die 45 Heller zu bewilligen. Die Herren sind also gar bald von ihren Grundfäz abgegangen. Aber nicht nur der materielle Erfolg ist sehr erfreulich, der moralische Erfolg ist noch viel größer. Die Unternehmer sind mit der Parole in den Kampf gezogen, die Organisation der Bauarbeiter zu vernichten. Und das Ende davon? Sie haben im Vertrage, der am 30. Juni in der niederösterreichischen Statthalterei geschlossen wurde, die Organisation, die sie mit Stumpf und Stiel ausrotten wollten, ausdrücklich anerkannt! Vorkommende Streitigkeiten auf den Arbeitsstellen werden von legitimierten Vertretern der Bauarbeiterorganisation, die jederzeit Zutritt zu den Bauten haben, und mit hierzu bestimmten Unternehmern geschlichtet. Gelingt das nicht, so tritt ein Schiedsgericht, bestehend aus je drei Vertretern der Organisation der Bauarbeiter und drei Vertretern der Organisation der Unternehmer unter dem Vorsitz eines technischen Beamten der Statthalterei zusammen, dessen Schiedsspruch sich beide Parteien zu fügen haben. Den Organen der Bauarbeiterorganisation — den Zitel „Vertrauensmann“ können die Unternehmer nicht verweigern — wird auf den Baustellen nichts in den Weg gelegt, nur offiziell anerkannt sind sie nicht, was in der Praxis wenig für uns bedeutet. Die Unternehmer wollten nicht nur keine Lohnaufbesserung für dieses Jahr aussetzen, und verlangten Bedingungen, die Aufnahme der Arbeit, sondern auch die Organisation der Bauarbeiter in den Grund. Anstatt dessen mußten sie für das heutige Jahr 5 Heller pro Stunde zulegen, für das Jahr 1907 den von den Maurern geforderten Lohn bewilligen und die Organisation anerkennen. Die Unternehmer sind daher mit ihrem Plan gründlich hinein gefallen und werden sich das eine Zeit lang gut merken.

Ein großer Kampf, wie ihn Österreich bisher noch nicht hatte, ist erfolgreich abgeschlossen. Er wurde mit Ruhe und Ernst geführt, wie es nur gut organisierte Arbeiter vermögen. Diese Anerkennung konnten uns nicht einmal die Vertreter der Regierung und der Behörden verweigern. Von großer Bedeutung ist, daß die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer schon Mitte des Jahres 1908 zusammenzutreten und die Grundlagen für einen weiteren Vertrag vorbereiten. Das läßt erkennen, daß es die Unternehmer vorläufig satt haben, mit den Maurern wieder ernsthaft anzubinden. Die Maurer Wiens freuen sich ihres Erfolges und werden selbstredend weiter mit aller Kraft dahin streben, daß uns die Zeit wieder entsprechend gerüstet findet, wenn es abermals gilt, in den Kampf einzutreten zu müssen. Der Kampf war hart und schwer, aber er wurde in Ehren bestanden, und dieser Umstand wird unserem Verbande sicherlich einen großen Aufschwung bringen.

Maurerkämpfe in der Schweiz.

Die Arbeitslosigkeit der Rohnbewegungen in der Schweiz hält ungeachtet an, und zwar im Baugewerbe wie in allen Industrien und Gewerben im allgemeinen. Im Nordbergunde des Interesses steht der Kampf in Aargau, weil sich dort ein auffehrender Ereignis abspielte, das natürlich sofort den Arbeitern in die Gänge geschoben wurde. In der Nacht vom 13. auf den 19. Juni kam an einem dortigen Neubau ein Dynamitattentat vor, über das folgendes berichtet wurde: In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurde vermittelst Dynamit das große Gebäude in die Luft gesprengt, das die Architekten und Unternehmer Draggola, Vater und Sohn, am Quai von Dudy errichten lassen. Der Explosionshof wurde so gelegt, daß der größte Teil des Gebäudes einstritzte. Der Schaden ist beträchtlich. Der Vater Draggola ist Präsident des schweizerischen Baumeisterverbandes. Die bürgerliche Presse demagogisierte sofort die „extreme Presse“, damit wohl die sozialdemokratische Presse gemeint war, daß sie Draggola seit langer Zeit heftig angegriffen und der „Mache der Arbeiter“ empfohlen habe. Das war natürlich eine feige Perfidie, denn angesichts der großen Bäume, die die verleumdende Verleumdung darstellte, hätten sich die kapitalistischen Verleumder wohlweislich ein bestimmtes Maß zu nennen. Diese Perfidie aber war offenbar eine der Ursachen mit, daß die Arbeiter am Tage darauf in den Streik traten. Mit 869 gegen 200 Stimmen wurde in einer Versammlung von Maurern und Erdbarbeitern vom Dienstag Abend beschlossen, in den Streik einzutreten. Die Gesamtzahl dieser Arbeiter in Aargau schätzte die „Revue“ auf 2000. Überwiegend kam dieser Beschluß nicht, „benn seit Monaten wurden“, bemerkt das genannte Blatt, „die Leute durch die Anarchisten und Gewerkschaftspresse fanatisiert. Die kleine Gruppe der schweizerischen Arbeiter ist, als sie jüngst einen annehmbaren Vertrag mit den Meistern abschloß, geradezu als Verräter hingestellt worden. Die Streikenden sind alle Ausländer. Zur Zeit haben die Maurer bei geschnitten

23. Juni, gezählt werden, der bis zum 1. März 1907 auf 52 1/2 bei zehntägiger Arbeitszeit und von da ab bis 1. April 1908 auf 55 1/2 bei neunzehntägiger Arbeitszeit. Nach längerer Diskussion wurde der Tarif gegen drei Stimmen angenommen. Hierfür wurde die ständige Versammlung mit dem üblichen Gehalt auf den Zentralverband geschloffen.

Brlegg. Vom 18. bis 24. Juni dieses Jahres konnte zum ersten Male eine Statistik über den ganzen Land- und Stadtkreis Brlegg ausgearbeitet werden, haben wir doch dieses Jahr im Landkreise durch partiellen Streik dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen, wie in der Stadt. Früher schwankten die Löhne zwischen 10 und 12 1/2 die Stunde, auch die Arbeitszeit war um 1-1 1/2 Stunden länger als im Stadtkreis. Die Statistik zeigt dieses Bild: Im Stadtkreis: 11 Neubauten, 14 Umbauten, 42 Scharwerksarbeiten und ein größerer Bahnhofsumbau vorhanden. Soweit zu ermitteln war, arbeiteten bei 9 Unternehmern 17 Poliere, 185 Gesellen und 53 Lehrlinge. Ein Stundenlohn erhielten 4 Maurer 33 1/2, 3 3/4, 151 35 1/2, 16 36 1/2, 4 37 1/2, 3 40 1/2 und 4 60 1/2. Diejenigen, die keine 35 1/2 erhielten, waren junge oder alte Gesellen; die, die 60 1/2 erhielten, waren in einer Fabrik beschäftigt. Organisiert waren davon 181 Mann. Auffallend groß ist die Zahl der Lehrlinge. An der Spitze steht der Maurermeister Mähmmer mit 16 Lehrlingen bei 45 Gesellen. Daubuden und Aborte fehlten an einem Bau gänzlich. An drei Bauten waren Aborte, aber keine Buben. Verbandsbuben waren nur an sechs Bauten vorhanden. Die Gerüste waren schlecht. Die Kollegen werden mehr wie bisher auf die letzten beiden Punkte ihr Augenmerk richten müssen. Im Landkreise konnten ermittelt werden: sieben Unternehmer mit 8 Neubauten, 4 Umbauten und 12 Scharwerksarbeiten; sie beschäftigten 6 Poliere, 61 Gesellen und 8 Lehrlinge. Es erhielten Lohn: 10 Maurer 80 1/2, 2 82 1/2, 7 83 1/2, 1 84 1/2 und 41 85 1/2; hier handelt es sich meist um ältere Leute, deswegen auch so verhältnismäßig hohen Löhnen. Es waren organisiert 11. Mit den Daubuden, Aborten und Verbandsbuben ist es noch schlechter bestellt als im Stadtkreis. Hoffentlich wird der jetzt abgeschlossene Vertrag mit Hilfe der Organisation auch hier noch manches Gute schaffen. In der Versammlung vom 24. Juni wurde nach erfolgter Mitgliederaufnahme der Maurer Johann Kaufmann, zur Zeit in Breslau, wegen Verhohes gegen §§ 14 und 37b des Statuts aus dem Verbandsausguss geschloffen. Kollege Kramer hob in seiner zum Schluss gegebenen Uebersicht hervor, daß die Lohnbewegung im Landkreise beendet sei und ein schöner Sieg errungen wurde. Es wurden erklärt: Lohnzulage von 8 bis 12 Pfennig pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit um ein bis zwei Stunden, Anerkennung der Organisation. So erfreulich dieses Resultat auch sei, dürfte die Bewegung nicht wieder erlahmen. Es sei eines jeden Arbeiters Pflicht, sich ebenfalls politisch zu organisieren und die Arbeiterpresse, die „Volksmacht“, zu lesen.

Bunzlau. Bereits zu Beginn dieses Jahres trugen sich die hiesigen Kollegen mit der Absicht, in eine Lohnbewegung einzutreten. Da nun bei der Mehrzahl Lohnbewegung und Streik in einem Kopfe gefaßt werden, war es kein Wunder, daß die Unternehmer nur die notwendigen Arbeiten in Angriff nahmen. So dauerte es denn eine geraume Weile, ehe der letzte Kollege in Arbeit treten konnte. Unterdes war es Mitte Mai gekommen, als den Unternehmern die Forderung auf 38 1/2 für dieses und 40 1/2 für nächstes Jahr unterbreitet wurde. Daraufhin hatte die Lohnkommission am 23. Mai mit den Unternehmern Sitzung. Schreiber dieses kann gar nicht begreifen, was ein Geschäftsführer von einem Stimmgepläse dabei zu tun hatte. Unternehmer, die selbst das Gras wachsen hören, bedürfen doch wohl eines solchen Vorstandes nicht. Die Unternehmer waren auch so gütig, so sagen wir legen 2 1/2 zu. In Wirklichkeit war es jedoch bloß einer. So lief denn die Unterhandlung aus wie das Hornberger Schießen, und die Kollegen lehnten in der Versammlung am 26. Mai das Angebot einstimmig ab. Darauf neues Hin- und Herstreben. Die Unternehmer blieben auf ihrem Standpunkte stehen, und auf unserer Seite verzögerte sich die entscheidende Versammlung infolge der späteren Streikgenehmigung. Unterdes kamen uns die Zimmerer zuvorn und proklamierten am 10. Juni den Streik. An der Regel ist es ja Mode, daß sich Zimmerer und Bauarbeiter an dem Wagnis der Maurer festhalten; aber bei uns ist es diesmal umgekehrt. In unserer Versammlung am 11. Juni konnten wir nur über die Stellungnahme zum Zimmererstreik verhandeln, die ja durch den Kartellvertrag vorgezeichnet ist. Am 15. Juni mietete ein Unternehmer einem Kollegen zu, Zimmerarbeiten zu verrichten, was dieser selbstverständlich ablehnte und deshalb sofort entlassen wurde. Darauf legten sämtliche am Bau beschäftigten Maurer die Arbeit nieder. Jedoch die Freude dauerte nicht lange. Am anderen Morgen wurde die Entlassung rückgängig gemacht und die verläumte Zeit bezahlt. Am 16. Juni hatten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nachdem noch eingehend über unsere Taktik beraten worden war, wurde beschlossen, für die ausgescherten Biographen und Steinbrüder Nr. 60 aus der Lokalliste zu bewilligen. Desgleichen wurden für die arbeitsfähigen Kollegen Sempel und Weingold je M. 25 bewilligt. Das Geld soll laut Versammlungsbeschluss darauf ausbezahlt werden, daß jeder Kollege so lange zwei Kolportagemarken monatlich nimmt, bis der Betrag gedeckt ist. Dies den Kollegen zur Mitteilung, die nicht anwesend waren, oder vor Schluss der Versammlung das Lokal verlassen hatten. Eigentlich war es schade, daß wir nicht in den Streik eintreten konnten. Wir schleppen eine Wasse Last mit uns herum, der bei jeder Gelegenheit über Bord geworfen werden wäre. Der hiesige Polizeipräsident, v. Brougalla, ist sehr rachsüchtig nach höherem Rufe. In einer Zimmererversammlung vom 12. Juni meldete er sich als Diskussionsredner und erklärte: „Er wollte nicht, daß das gute Verhältnis, welches gegenwärtig zwischen Arbeitern und Polizei am Orte besteht, durch einen Streik getrübt würde; deshalb sei eine Verordnung erlassen worden, wonach alles militärische Geräth aus Straßen, Plätzen und Bahnhöfen usw. entfernt sei. Uebertretungen würden mit Haft geahndet. Diese Verordnung würde mit aller Strenge durchgeführt werden.“

Chemnitz. Maurer, Zimmerer, Bau-, Erd- und Zementarbeiter versammelten sich am Sonntag Vormittag in großer Zahl im Volkshaus „Koslofeum“, um eine Bewegung für die Einführung des zehntägigen Arbeitstages im Chemnitzer Baugewerbe einzuleiten. Der Vorsitzende des Deutschen Zimmererverbandes, Genosse Schaber, hielt das einleitende Referat. Er legte dar, wie die moderne Wirtschaftsweise mit weitestgehender Arbeitsteilung und intensiver Straßenanpassung auch im Bau-

gewerbe Platz gegriffen hat und wie diese beiden Faktoren in der Praxis eine mörderische Vernichtung der Lebenskraft der baugewerblichen Arbeiter verursachen, die in frühzeitigem Stadium und über großen Unfallzahlen zum Ausdruck kommt. Das Mittel der Organisation bietet allein die Möglichkeit, diesen Uebelstand zu mildern. Die Arbeiter des Baugewerbes haben es verstanden, mit Hilfe ihrer Organisationen in einer ganzen Anzahl deutscher Städte und Ortschaften ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse den gesteigerten Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit anzupassen. So ist die ursprüngliche 18- und 12stündige Arbeitszeit in meist schweren Kämpfen mit dem Unternehmertum reduziert worden auf 10, 9 1/2 und 9 Stunden. Ebenso gelang es, die Löhne entsprechend den gesteigerten Unterhaltskosten zu erhöhen. Die Ausperrungsgefahr des Unternehmertums fanden unüberwindlichen Widerstand an den Organisationen der Arbeiter. Die Massenausperrungen führten den Organisationen nur neue Anhänger zu und steigerten die Kampfesfähigkeit der Gewerkschaften. Chemnitz, die 18. in der Reihe der deutschen Großstädte, weist Arbeitslöhne, Arbeitszeiten auf, die es weit hinter die übrigen zurückstellen. Von sämtlichen 41 deutschen Großstädten teilen sich Chemnitz und Plauen in den Rufen, noch eine mehr als 10stündige Arbeitszeit zu haben. Ja, in Bezug auf Lohnsätze steht Chemnitz in der Statistik der baugewerblichen Arbeiter an 208. Stelle. Wo bleibt da die Zeit für den Bauarbeiter, einmal sich am Abendtage mit seiner Familie zu unterhalten, besonders wenn durch die weiten Entfernungen aus der 11- eine 13-14stündige Arbeitszeit wie? Ganz zu schweigen von der Ausübung wirklicher Erzieherpflichten seitens des Vaters. Ebenso wenig besteht die Möglichkeit, die Bedürfnisse der Familie ausreichend zu befriedigen. Jahr um Jahr wird so den Bauarbeitern ihre Lebensdauer gekürzt. Durch die überlange Arbeitszeit werden nämlich die blühenden Unfallpflaumen vermehrt. Die Chemnitzer Bauarbeiterkassette kann unter den obwaltenden Verhältnissen nur an eine Verbesserung dieser augerwöhnlich rücksichtslosen Arbeitsverhältnisse gehen, wenn alle drei Punkte zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenfassen. Mit lebhaftem Beifall wurden diese Ausführungen aufgenommen. In der Diskussion fanden die geschilderten Zustände Bestätigung, ja wiederholt kam zum Ausdruck, daß der Meistertyp die Chemnitzer Verhältnisse noch nicht schwarz genug geschildert hatte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute am 24. Juni im Volksbause zu Chemnitz tagende öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter erkennt die Bedeutung und Notwendigkeit des zehntägigen Arbeitstages für die baugewerblichen Arbeiter. Vollständig an. Sie ist sich in der Verteilung der längeren Arbeitszeit einig. In Ermüdung aber, daß die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit auch hier in Chemnitz nicht ohne ernstlichen Kampf mit dem organisierten Unternehmertum vor sich gehen wird, erklärt die Versammlung, daß es unbedingt notwendig ist, daß sämtliche drei Punkte einheitlich und gemeinsam vorgehen. Das Vorgehen eines einzelnen Berufes betröflet sie als eine Herabsetzung der Kräfte. Die Versammlung erklärt es weiter für notwendig, daß auf allen Bauten und Arbeitsplätzen die Angehörigen aller drei Berufe gemeinsam mit- und füreinander für den Anschluß der betreffenden Arbeiter an ihre Organisation wirken. Denn nur durch die Zugehörigkeit aller baugewerblichen Arbeiter zu diesen wird es möglich sein, auch in Chemnitz den zehntägigen Arbeitstag zu erringen.“ Der Verlauf der Versammlung und die bedeutende Mitgliederzunahme der hiesigen baugewerblichen Arbeiterorganisationen legt Zeugnis davon ab, daß es doch endlich auch in Chemnitz denn nicht zu menschlichen Würdigen, so doch zu Arbeitsverhältnissen kommen wird, die als einer Großstadt würdig bezeichnet werden können.

Darmstadt. In einer von 500 Maurern besuchten Versammlung, die am 13. Juni stattfand, referierte Gauleiter Güttmann-Grankfurt über die Vertragsfrage. Er behandelte in kurzen Zügen die Entwicklung des Verbandes seit dem Jahre 1891 in Bezug auf die Opferwilligkeit der Kollegen einerseits und die Leistungen des Verbandes andererseits. Besonders betonte er, daß trotz der Vertragshöhe, welche vom Jahre 1891 bis 1906 von 15 1/2 auf 50 1/2 gestiegen sei, die Mitgliederzahl sich nicht verringerte, sondern von 12 000 auf 170 000 gestiegen sei. Ein Beweis also dafür, daß sich auch das Interesse der Mitglieder dem Verbande gegenüber steigerte; und besonders sei zu betonen, daß sich der Wissensdurst in den genannten Jahren bei den Kollegen bemerkbar machte. Der Zweigverein Darmstadt habe deshalb auch die Pflicht, eine angemessene Bibliothek zu beschaffen, um den Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich mehr und mehr auszubilden, was auch ein Ethik Organisationsarbeit sei. Kollege Güttmann gestaltete seine Schlussfolgerungen dahingehend, daß wir gegenwärtig in einer kritischen Zeit leben, denn die Unternehmer beunruhigten fast jede Lohnforderung, die von Seiten der Arbeiter gestellt würde, mit großen Massenausperrungen, um ihrer Phantastie Ausdruck zu verleihen; denn diese Herren glauben, dadurch die Verbandskassen zu schwächen, um so die Arbeiter besser unter ihre Krute zu bringen, wie es früher in Darmstadt der Fall war. Um nun den Plan der Unternehmer im voraus zu vereiteln, sei es unsere Aufgabe, die Kasse in den Friedensjahren so zu füllen, daß wir Maurer dem Jahre 1908, wo der Tarif abläuft, mit aller Seelenruhe entgegensehen können. Dies sei aber nur möglich, wenn die Versammlung den Antrag des Ausschusses einstimmig annehme. Die rege Diskussion ergab, daß fast alle Redner die Notwendigkeit des Lokalzuschusses anerkannten und empfahlen, dem Antrage zuzustimmen. Kollege Delp, der zu diesem Punkte das Schlusswort hatte, erklärte, daß die Vertragsfrage keine Schraube ohne Ende sei, sondern daß sie das Produkt der Pläne und Maßnahmen der Unternehmer in den letzten Jahren sei; denn das Aufstreben etlicher Herren auf den Baustellen in Darmstadt zeige klipp und klar, wo diese Herren hinaus wollten. Um aber den Herren die richtige Antwort zu geben, sei es notwendig, daß sich die Kollegen die Situation vor Augen führen und ihre Verurteilung darüber entwickeln lassen, daß zur Gesundheit und Weiterentwicklung unserer Organisation nur die Einheit beitragen wird. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag des Ausschusses auf Einführung des Zuschusses von 10 1/2 vom 1. Juli 1906 ab gegen 28 Stimmen von über 500 mit braudendem Bravo angenommen wurde. Der vorgerückten Zeit wegen mußte der zweite Punkt, „Abrechnung vom ersten Quartal 1908“, zurückgestellt werden. Kollege Delp behandelte noch einige gesellschaftliche Angelegenheiten, besonders das Bauvertrauensmänner-System, indem er ausführte, daß noch sechs Baustellen,

die er auch bekannt gab, keine Vertrauensmänner gewähften, und forderte die Kollegen, auf, zu veranlassen, daß die Sitzungen, die jeden ersten Montag im Monat stattfinden, von allen Vertrauensmännern besucht würden, denn in diesem System liege unsere Stärke und Disziplin. Mit einem braudenden Hoch auf die moderne internationale Arbeiterbewegung schloß Delp die importante Versammlung.

Stettin. Am 14. Juni fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Kollege Baude referierte über Bauarbeiterkassette in trefflicher Weise. Er schilderte das Bestreben der organisierten Bauarbeiterkassette nach Verbesserung des Bauarbeiterkassettes und das gleichgültige Verhalten der hiesigen Baugewerkschaftsgenossenschaft und der Behörden diesen Bestrebungen gegenüber. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte er die Kollegen, sich Mann für Mann dem Verbands angeschlossen, nun auch in der Überwindung des Stundenlohns in die Höhe zu bringen, damit die Kollegen mit ihren Familien eine bessere Lebenshaltung führen könnten und die Berufsgenossenschaft angefaßt werden könne, den verunglückten Kollegen oder deren Angehörigen eine höhere Rente zu gewähren. Das Streben der Kollegen müßte darauf gerichtet sein, daß auch hier der Stundenlohn auf 50 1/2 erhöht werde. Auch auf die Festsichtigung der Massenquartiere und Einführung besserer Unterkunftsräume für die Arbeiter müßte das Augenmerk der Kollegen gerichtet sein. In der Diskussion besprach der Kartellvorsitzende Weder das Verhalten der Behörden zu den Arbeiterorganisationen und empfahl zum Schluss das Abonnement auf die „Volksmacht“ an Stelle bürgerlicher Zeitungen. Nach einer Ermahnung an die Kollegen, stets für gut besuchte Versammlungen Sorge zu tragen, erfolgte mit einem braudenden Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands Schluß der Versammlung.

Sannover. Im einigermaßen geordnete Verhältnisse unter den hiesigen herbeizuführen und der wilden Aufforderung zu feuern, wurden in einer hiesigen Versammlung Bedingungen aufgestellt, die für die hiesigen bei Übernahme von hiesigen Arbeiten in Auftrag maßgebend sein sollen. In der Mitgliederversammlung des Zweigvereins am 19. Juni wurden diese Bedingungen bekannt gegeben und abgelehnt. Sie lauten: 1. Innenputzer, die zur Zeit bereits Bauten angenommen haben, müssen, bevor sie zu putzen anfangen, einen höheren Preis, mindestens aber 23-43 1/2 pro Quadratmeter verlangen. 2. Alle Kollegen, die gedanken, Bauten zum Innenputzen anzunehmen, dürfen dieses von heute an keineswegs unter 25-45 1/2 pro Quadratmeter tun. 3. Bauten in runder Summe anzunehmen, ist nicht gestattet. 4. Ferner haben auch alle Kollegen, die Bauten zum Innenputzen annehmen, die Annahme mit Angabe ihres Namens sowie dem des Meisters, und der Straße, wo sich der Bau befindet, in das im Bureau ausgelegte Buch einzutragen. 5. Jede Kategorie Putzer haben sich einen Stundenlohn von 65 1/2 auszahlen zu lassen. 6. Das Schalen darf von den Maurern resp. Putzern nicht gesehen. Fassadenputzer: 1. Derjenige, der auf die Fassade eines Hauses reflektiert, hat, nachdem das den Unternehmern der Preis abgegeben ist, sofort dieses ins ausgelegte Buch einzutragen oder dem Vorstehen eintragen zu lassen. 2. Jeder Fassadenputzer ist verpflichtet, bevor er beim Unternehmer einen Preis abgibt, sich erst im Bureau zu überzeugen, ob schon Preisabgaben verzeichnet sind. Wenn dieses der Fall ist, so ist es jedem gestattet, sich um die Arbeit zu bewerben, er muß aber mindestens den eingetragenen Preis fordern.

Plauen i. V. Am 27. Juni tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, die bis 170 Kollegen besucht war, mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt hatte Kollege Schmitz das Referat übernommen. Sein Vortrag gipfelte in dem Hinweis auf die Ausperrungsstatistik der Unternehmer und die daraus hervorgehende Notwendigkeit, unsere Organisation immer größer und stärker zu machen. Daß die Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Schmitz einverstanden waren, zeigte sich dadurch, daß man ihm am Schlusse gebührend Beifall zuschickte. Eine Diskussion über den gebildeten Vortrag wurde nicht beliebt und so ging man zum dritten Punkt, „Gewerkschaftliches“, über. Nachdem sich mehrere Kollegen über diese und jene Mängel auf Bauten ausgesprochen hatten, kam die angenommene Statistik zur Verlesung, die folgendes Resultat aufweist: An Unternehmern waren 69 vorhanden. Diese hatten zusammen 75 Neubauten, 4 Umbauten und 1 Reparaturbau auszuführen. Bei diesen Unternehmern waren beschäftigt: 72 Poliere, 643 Gesellen (davon 198 Ausländer), 38 Lehrlinge, 811 Schararbeiter. Die Entlohnung der Gesellen ging in folgender Weise vor sich: 2 Gesellen erhielten 43 1/2, 9 42 1/2, 6 41 1/2, 423 40 1/2, 70 39 1/2, 30 38 1/2, 3 37 1/2, 7 35 1/2, 2 34 1/2. Bei 58 Maurern war der Lohn nicht zu ermitteln. Es ergibt sich hieraus ein Durchschnittslohn von 39,6 1/2. Mit dem Wunsch, daß die Kollegen mehr als zuvor die Arbeiterpresse abonnieren, sich der politischen Partei anschließen, das Gewerkschaftsbüro mehr besuchen und in Zukunft Mann für Mann auf dem Posten sein, um bei gegebener Zeit gerüstet dazustehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Ruhrort. Sonntag, den 24. Juni, fand in Reumühl eine öffentliche Maurer- und Bauhilfsarbeiterversammlung der hiesigen Reumühl statt, in der Kollege Nikolaus aus Dortmund referierte. In einem circa anderthalbstündigen Vortrag legte der Redner den Zweck, die Ziele und die Erfolge des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands dar. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem Redner dann noch den Bauarbeiterkassette einer scharfen Kritik unterzogen hatte, forderte er die antwortenden Gegner auf, in der Diskussion Liebe und Antwort zu setzen, was auch geschah. Es waren während der Versammlung ungefähr 65 Christliche mit ihrem M.-Gladbacher Drei-Monats-Professor Kirchner erschienen. Dieser Muschelschiff hatte nichts Gütigeres zu tun, als ganz von dem Thema abzulenken und der Versammlung keine gut fundierten in der M.-Gladbacher Uebeltätigkeiten gebrauchten christlichen Fragen aufzulegen. U. a. lag dem guten Patenathisten auch die Muschelschiff der Zukunftsfantast und die Abstammung des Menschen vom Affen sehr schwer im Magen. Auch schilderte dieser Prachthans seine

Organisation als die alleinstigmachende und beste, und meinte dann ganz trocken, die paar minderwertigen Zentralverbände würden sie auch noch in ihren Verband bekommen. So ging es ungefähr 20 Minuten, bis dieser Mann schließlich selbst einfiel, daß er sich bis auf die Knochen blamiert hatte. Nun forderte er zu einem God auf den christlichen Verband auf, was große Unruhe in der Versammlung hervorrief. Dann der besonnenen Haltung des Vorsitzenden und unserer Kollegen, die die christlichen Schreihälse zur Maiton brachten, ist es diesen dummen Schafen nicht gelungen, unsere Verammlung zur Auflösung zu bringen, was doch der Hauptzweck sein sollte. Dieser Herr Drei-Monats-Professor Kirchner, der, nebenbei bemerkt, öfter stundenlang Steine auf die Gerüste schaffte, um sich beim Polier und Unternehmer Riefkind zu machen, eignet sich zum Gewerkschaftsführer genau so gut wie der Nagel zum Klopfpapier. Nachdem dieses Musterexemplar vom Christ seine Getreuen zum Verlassen des Lokals aufgefordert hatte, zog die ganze feige Gesellschaft, geschloffen, wie sie gekommen war, von dannen. Nachdem von verschiedenen Kollegen die Agitationsweise dieses Menschen scharf gebremst worden war, erhielt Kollege Nikolaus das Schlussswort. Er bedauerte lebhaft das feige Verhalten dieser Zentrumschristen und ihre Agitationsweise und forderte die Kollegen auf, mehr als bisher in diesem schwarzen Mantel für den freien Verband zu agitieren, damit diesen schwarzen Mattensängern die Lust zu ähnlichen Wägen vergehe.

Schwendig. In der Mitgliederversammlung am 24. Juni wurden zunächst sechs Kollegen aufgenommen. Dann wurde Beschwerde darüber geführt, daß der Unternehmer Holzweiss den tarifmäßigen Stundenlohn von 60 A nicht zahlt. Es sollen Schritte unternommen werden, den Unternehmer zur Zahlung des tarifmäßigen Lohnes zu veranlassen. Die rückständigen Mitglieder sollen aufgefordert werden, bis zur nächsten Versammlung ihre Mitgliedschaft zu bezeugen; wer dies nicht tut, wird als ausgeschlossen betrachtet. Kollege Görde berichtete als Baukontrollleur, daß der Gerüstbau bei dem Unternehmer Sander zu bemängeln sei. Bei dem Unternehmer Schäfer sind keine Baubüden und Aborte gefunden worden. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, er möge dem Kollegen Görde Vollmacht erteilen, die Baukeller daraufhin zu kontrollieren, ob Gerüste, Baubüden und Aborte den Vorschriften entsprechen.

Fliesenleger.

Münberg. In der Versammlung am 24. Juni kam eine Angelegenheit zur Sprache, die schon mehrfach Veranlassung zur Kritik gegeben hatte. Als sich in diesem Frühjahr, namentlich vor der Landesausstellung, die Arbeit hier sehr häuften, wandten wir uns nach Stuttgart, um von dort einige von den freilebenden Kollegen hier in Arbeit zu bringen, was uns auch gelang. Sollen wir es nun als selbstverständlich voraussetzen, daß sich diese Kollegen, die alle organisiert waren, auch nach dem in Münberg kurz zuvor abgeschlossenen Vertrag richten würden, so hatten wir uns getäuscht. Es muß allerdings bemerkt werden, daß nicht alle hier beschäftigt gewesenem Stuttgarter Kollegen gegen unseren Tarif verstoßen haben, sondern nur die, die bei der Firma Willero & Sohn arbeiteten. Diese Kollegen glaubten, durch möglichst lange Arbeitszeit unseren Tarif durchbrechen zu müssen. Zwar waren wir genötigt, auf der Landesausstellung Überstunden zu machen, doch dafür mußten auch die in der Tarif festgesetzten Zuschläge bezahlt werden. Statt diese Zuschläge ebenfalls dem Unternehmer zu verlangen, wie es die übrigen Kollegen taten, arbeiteten die Kollegen von Stuttgart ohne Zuschlag. Als Entschädigung gaben sie an, daß sie ja einen um 5 A höheren Stundenlohn hätten. Noch nicht genug damit, daß sie ohne Zuschlag arbeiteten, glaubten sich die Kollegen auch noch dadurch in besonderer Erinnerung bringen zu müssen, daß sie der Aufforderung unsererseits, mit den übrigen auf der Arbeitsstelle arbeitenden Kollegen um 9 Uhr Abends Feierabend zu machen, nicht nachkamen, sondern noch über diese Zeit hinaus arbeiteten. Nachdem wir den Kollegen Vorhaltungen gemacht hatten, glaubten wir, sie würden bei späteren Privatarbeiten wenigstens die neuinständige Arbeitszeit einhalten, da diese Arbeiten doch nicht so sehr drängen. Aber weit gefehlt, unter elf bis zwölf Stunden pro Tag ging es nun einmal nicht. Da nun die Kollegen wieder in Stuttgart beschäftigt sind, wird es wohl unsere dortige Organisation nicht veräumen, diesen Kollegen den Wert der verkürzten Arbeitszeit ganz besonders klar zu machen und sie ferner darauf hinzuweisen, daß sie auch in anderen Orten die dortigen Arbeitsbedingungen zu respektieren haben. Als hierauf noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Versammlungsberichte gingen ferner noch ein aus Gumbinnen, Gohnshorn - Hörnerkirchen, Mühlberg - Mittenberg. Hier Abdruck lohnt sich nicht, da Ereignisse von irgend welcher Bedeutung in den Versammlungen nicht vorkamen.

Christliche Lügenbeutel

gibt es wieder einmal auszulösen. Unter der Stichmarke „Aus dem Ostrieslande“ brachte die „Baugewerkschaft“ vor einiger Zeit einen Bericht, der von Lügen und Verbrechen trieb. Der Zweck dabei ist, die bösen „sozialdemokratischen Mauerer“ wieder einmal des Terrorismus gegenüber den braven „Christen“ zu beschuldigen. Es wird dabei gepfeift, daß man z. B. in A. in A. eine „schöne Baustelle“ habe, die eine „feste Burg“ des christlichen Streikbrechergeheimsels werden würde. Zur Steuer der Wahrheit, und auch um wieder zu zeigen, wie die „schönen Baustellen“ der Christen zu stande kommen, sei folgende Aufzählung aus den fraglichen Orten wiedergegeben.

Die Christen stimmen in Nr. 20 und 24 ihres Wäites ein Loblied darüber an, daß sie im Norden Deutschlands eingedrungen seien. So z. B. in A. und G. und E. Sie vergessen aber zu schreiben, was dieses Lieder es sind, die sich ihrer Organisation angeschlossen haben und welche Verdienste diese beim diesjährigen Streik in A. ausübten. Sie setzen über die „Unberechnung“ des Kampfes in A. und über den „Terrorismus“ der unsere Kollegen in A. und E. ausübten und geben der Meinung Ausdruck, daß wir es nicht wagen, mit der Wahrheit herauszukommen. Ja, die Wahrheit wird aber zeigen, wer sie zu scheuen hat. Die Kämpfe unserer Kollegen in A. und in den Jahren 1904 und 1905 haben

aus ihren Reihen 24 Streikbrecher gezögelt. Jene Elemente wollten unsere Kollegen nicht wieder aufnehmen, vielmehr ließen sie sie achlos bei Seite stehen. Die Unternehmer, die so gern die schlimmsten Schornsteine im Baugewerbe sind, versuchten nun im Bunde mit den Streikbrechern, einen Keil in unsere Bewegung zu bringen, und dazu schickten ihnen die christliche „Organisation“ gut genug zu sein. Natürlich waren diese auch zu derauligen Schandtateln gerne bereit. Die Streikbrecherorganisation wurde unter dem Protektorat der Unternehmer gegründet (die Unternehmer kamen auch mit zur Versammlung) und nun ging das Kesselschreiben gegen unsere Kollegen los. Der Vorsitzende der christlichen Streikbrecher ist Polier und soweit der daran tun konnte, wurden unsere Kollegen stets zurückgesetzt, oder sie erhielten von dem Unternehmer Bescheid, nach einer anderen Arbeitsstelle zu gehen. Das wollten sie sich natürlich nicht fergehellen lassen. Das dieses Treiben nun wieder kurz vor dem Eintreten von Differenzen in Anwendung kommen sollte, indem wieder zwei Kollegen fortgeschickt werden sollten, wurde der Unternehmer hierüber zur Rede gestellt, worauf unseren Kollegen die Antwort erteilt wurde, daß sie, falls sie nicht weiter arbeiten wollten, gehen könnten. Die Absicht der Unternehmer sowie auch der Streikbrecher bestand darin, unsere Organisation zu sprengen, was schon daraus hervorgeht, daß die Unternehmer die Einberufung einer Sitzung zur Schlichtung der Differenzen ablehnten, als die beiden Bauvorstände der Mauerer und Bauarbeiter diesfalls vorstellig wurden. Es geht aus dem Antwortschreiben der Unternehmer deutlich hervor, daß sie den Plan ersehen hatten, im Bunde mit den Streikbrechern unsere Organisation zu vernichten. Darauf wollten sie dann die Streikbrecher an die „Christlichen“, um eine Organisation zu gründen, gleichzeitig sollten sie auch die nötigen Arbeitswilligen stellen. Unter Führung des nach Gelsenkirchen „importierten“ Gewerkschaftssekretärs Zumbrodt aus Münster ist das dann auch geschehen. Dieser Mensch hat 6 bis 8 Christliche nach A. gebracht und dann Abends in einer Versammlung weiblich über die „Sozial“ geschimpft. Als aber unsere Kollegen die als Arbeitswillige angeworbenen Christlichen über die Sache aufgeklärt hatten, wollten diese abziehen, aber Zumbrodt telegraphierte: „Die Kollegen vom christlichen Verband weiter arbeiten.“ Daß darüber unter unseren Kollegen Erörterung herrschte, ist selbstverständlich. Des Morgens werden diese braven Christlichen „Gewerkschaftler“ von den Meistern zur Arbeit geleitet und des Abends von der Polizei beschliffet.

Nun zu G. und E. In G. und E. war bisher die Affordarbeit verboten. Dann kamen zwei auch Kollegen aus Wilhelmshaven, die sich „Christliche“ nannten und wählten sich darauf los. Als sich unsere Kollegen das verboten, sagten sie, sie wären selbst Meister, um so unsere Kollegen zu täuschen. Daß sie dabei nicht ganz sanft behandelt worden sind, ist selbstverständlich. Wir waren bisher der Meinung, daß sich die Kollegen überall dort am Orte geltenden Verhältnissen anpassen müßten, auch die Christlichen.

Nun bleibt noch Osnabrück. Die vorjährige Lohnbewegung wurde in Osnabrück gemeinschaftlich geführt. Als wir unterlegen waren, wollten unsere Kollegen trotzdem im selben Jahre noch einmal wieder den Kampf wagen. Sie wandten sich diesfalls wieder an die Christlichen Kollegen, aber diese wollten nicht mehr mitmachen und so unterließ sich das Jahr diese weitere Lohnbewegung. Was taten aber die Christlichen? Ohne unseren Kollegen auch nur ein Wort davon zu sagen, knüpfen sie mit den Unternehmern Verhandlungen an und schlossen für 1906 bis zum März 1908 einen Vertrag ab. Erst im Frühjahr erhielten unsere Kollegen davon Kenntnis. Wenn das kein hinterlistiger Verrat ist, dann gibt es überhaupt keinen. — Was sagen unsere Christlichen Zionswächter hierzu? Es wird zwar schwer fallen, dies nach ihrem Schema F wieder zusammenzufügen, aber sie werden es schon fertig bringen.

Aus dem Abtrot.

Nachdem der Streik in diesem Baugewerbe seinen Abschluß gefunden hat, indem die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen wurde, jammert die christliche Gewerkschaft in ihrem Jahrbuch über das Verhalten der freien Gewerkschaft während des Streiks. Die Herren sollten sich nur nicht so gebären, als wenn die freie Gewerkschaft die Schuld trüge, daß es nicht zum Tarifabschluß gekommen ist und sich einige Streikbrecher unter den Kollegen befanden. Die Christlichen mögen sich die ganze Sache einmal gründlich ansehen und dann die Frage beantworten, wer eigentlich den ersten Schritt zum Streikbruch getan hat. Waren es die „Freien“ oder waren es die „Christlichen“? Nachdem die Bewegung eingeleitet war, wußte man im christlichen Lager noch nicht recht, ob man überhaupt mitkämpfen sollte. Denn die christliche Gewerkschaft wurde ja nicht im Interesse der Arbeiterschaft ins Leben gerufen, sondern um die freie Gewerkschaft mit Hilfe des Unternehmertums und des Kapitalismus und der Geistlichkeit auseinanderzutreiben. Darum ging auch der „christliche“ Bezirksleiter am 26. März, bevor der Streik in der Versammlung beschlossen wurde, zum Pastor und holte sich Rat, damit das große Werk, das er jetzt beginnen wollte, nämlich den roten Teufel aus dem Abtrot zu vertreiben, gelingen möge. In der Versammlung am 26. März wurde von der „christlichen“ Gewerkschaft einem Polier, der sogar noch im Vorstadium war, die Erlaubnis erteilt, weiterzuarbeiten; statt dieses einen arbeiteten aber zwei Poliere, alle beide aus dem Vorstadium, war das Streikbrech oder war es vielleicht ein Liebesdienst, den man dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes erweisen wollte, damit nicht etwa die freien Gewerkschaftskollegen hinstürzen und trügen das neue Amtsgerichtsgebäude fort? Das war der erste Schritt zum Schanden der ganzen Bewegung. Punkt 2: Als wir nun kaum 14 Tage in der Bewegung standen und es schon anfang, langweilig zu werden, da ging man zum Bürgermeister und bat ihn, doch so freundlich zu sein und dazu beizutragen, daß eine Unterhandlung stattefinde, dies war wieder ein Schritt der Christlichen; denn wenn die Sache ehrlich gemeint war, dann müßte die freie Gewerkschaft davon in Kenntnis gesetzt und gefragt werden, ob das geschehen solle oder nicht; von unserer Seite würden sie jedenfalls eine abschlägige Antwort erhalten haben. So geschah alles hinter dem Rücken der freien Gewerkschaft, wie es so Brauch und Sitte bei den guten Christen ist. Nachdem wurde wieder von der christlichen Seite gegen eine Anzahl hiesigen Gewerkschaftsleute eine fahwache Liste aufgestellt und den Mitgliedern verboten, bei diesen Leuten Waren oder Nahrungs-

mittel zu entnehmen. Gleichzeitig erließ man einen Aufruf in Nr. 23 des „Abtroteller Volksblatt“ vom 26. April d. J., in dem man bekannt gab, daß die Unterhandlungen mit den Unternehmern gescheitert seien, und um Arbeit von Seiten der Bürgererschaft bat, damit nicht noch die letzten Kollegen abziehen müßten. Tatsächlich waren von den Christlichen aber nur ganz wenig abgezogen. Darum auch die „großen Opfer“, die von der christlichen Gewerkschaft gebracht worden sind. Am 28. Mai hatten die Christen wieder eine alleinige Versprechung mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, der Tags vorher eine Versammlung abgehalten hatte. Das Resultat war: Bedingungslos Aufnahme der Arbeit; die Unternehmer wollten keine Organisation anerkennen. Wir müßten nun an alle frei organisierten Kollegen im Abtrot die Bitte richten, von jetzt an noch besser für die Organisation einzutreten und zu agitieren, damit, wenn noch einmal die Kriegstrompete ertönt, wir mit neuer Kraft und einer verstärkten Organisation gegen die Ausbeutung zu Felde ziehen können. Dann werden wir den Unternehmern beweisen, daß wir doch zu einem Tarifabschluß kommen, und sie werden auch dann die Organisation anerkennen müssen.

Betralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 24. bis 30. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der brüderlichen Verfassung in Charlottenburg 1200, Breslau 400, Regio 300, Weibel 1. Hofstein 300, Friedebau 300, Galbe 200, Schweiß (Ester) 200, Maßenbeide 200, Cassel 150, Bahna 150, Leipzig-Neudorf 150, Langenbreer 133,89, Frankfurt a. d. O. 130, Neuzelle 130, Gölzow 130, Frankfurt 120, Deutsch-Billa 100, Frieled 100, Zebendorf 100, Gölz 100, Weierndorf 100, Gausberge 75, Baruth (Markt) 70, Wölffeln 60. Summa M. 4898,89.

Zuschüsse erhielten: Meindorf M. 200, Annaburg 150, Zehnbach 150, Lutter a. Habensg. 100, Perwenich 100, Leichitz 75, Reimberg 75, Wierde 50, Breimberg 30. Summa M. 930 M t o n a, den 30. Juni 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterhaus, Submissionen etc.

Antwortschreiben i. d. B.-Schl. Am 26. Juni waren einige Mauerer des Maurermeisters Neutrich in der Hugo-Finkstraße bei einem Bau unter Leitung des Maurerpoliers Franz Bibis beschäftigt. Ueber diesem Bau befanden sich elektrische Leitungsdrähte. Als nun die Geleiten bis zu der Drahthöhe anlangten, fragte Polier Bibis den Elektroledner Frank, ob auch die Drähte bei einer Verdrängung schädlich respektive lebensgefährlich seien. Da antwortete der Herr Sachverständige: „die sind ausgeschaltet; es ist keine Gefahr vorhanden.“ Trotzdem wagte es keiner, die Drähte anzufassen; zum Unglück glitt unter Kollege Valentin Malwowski aus Balgen auf der Kalkung aus. Als nun nicht in die Tiefe zu stürzen, bemächtigte sich Malwowski der Drähte und verdrängte sie seiner? Der elektrische Strom war so lebenswundig und verhinderte den Sturz, aber auch im Vor der 19-jährige Gefelle des Bewußtseins. — Dann der Geistesgegenwart der übrigen Kollegen, wurde er durch künstliche Atmung wieder zum Leben zurückgebracht. Danach erfolgte eine Überführung ins Krankenhaus, wo er sich nach einigen Tagen erholte. Was wäre aus dem blutigen Leben geworden, wenn er allein dahingewesen wäre? Und wer hätte Schuld an seinem Tode gehabt? Nun der Herr Frank, der ganz gleichgültig sagte, die Drähte sind nicht gefährlich. Natürlich für ihn waren sie es nicht.

Berlin. Ein schwerer Baunfall ereignete sich Freitag Nachmittag, den 22. Juni, in der Invalidenstraße 16. Das Haus 16 wird neu aufgeführt und ist bereits bis zum ersten Stock geblieben. Kurz vor 3 Uhr führten ein beladener Wirtelwagen und ein Steinwagen in den Hof des Neubaus, der vollständig unterstellt ist. Obwohl die Kellerrunde durch schwere eiserne Träger gestützt ist, brach das Gewölbe doch unter der Last der Wagen kurz vor 3 Uhr ein. Die beiden Wagen wurden samt den Pferden in die Tiefe gerissen und drei Personen: ein Kutscher, ein Steinträger und ein Arbeiter, unter den Trümmern begraben. Die Feuerwehr, sofort alarmiert, eilte herbei und arbeitete eine Stunde lang, um die Verunglückten zu retten. Schließlich gelang es, den Anführer von Wagen, Pferden und Trümmern zu lösen. Der Steinträger war tot, der Arbeiter derartig schwer verletzt, daß keine Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens besteht, und nur der Wirtelkutscher ist mit einer wenn auch schweren Verletzung am Kopf davon gekommen.

Sohannsburg (Ostpreußen). In der Woche vor Ostern brannte hier das Hotel „Deutsches Haus“ bis auf die Grundmauern und das daran hängende Giebel aus. In dieser Verfassung blieb die Brandruine stehen. Am Vormittag des 15. Juni strömte nun das ganze Mauerwerk auf die Straße. Ein Bauer, der gerade am Hause vorüberging, wurde lebensgefährlich verletzt. Zum Glück befanden sich in dem Moment nicht mehr Menschen auf dem Trottoir, sonst würden sie demselben Schicksal verfallen sein. Nun erst wurde die Beschränkung mit all ihren Früchten auf die Gefahr, die noch lang dem Publikum gedroht hatte, aufmerksam, und der Bau wurde abgesperrt, um endlich in dieser lebhaften Straße das vorbeigehende Publikum zu schützen. In diesem Vorgang ist leicht zu erkennen, wie es erst mit dem Bauarbeiterhaus hier am Orte bestellt ist.

* Die Sozialdemokraten kommen revidieren! Eine ergötzliche Szene trug sich auf einem Neubau in der Gutenbergstraße in Gölz zu. Ein Revisionsbeamter der Unfallversicherungs-Gesellschaft kam in den Hof eines Neubaus — auf den Bau selbst kam er nicht — und rief einem dort beschäftigten Mauerer zu, daß er auf der Veranda die Türen hinter Vorhellen solle, damit niemand herunterfalle. Nach dem 1. Zukt können die Sozialdemokraten und wollen die Bauten revidieren. (Der Beamte hatte früher den Auftrag der Bauarbeiter-Gesellschaft zur allgemeinen deutschen Bauren-Revision gelesen. — D. Red.) Der Herr meinte weiter, daß die Sozialdemokraten nichts finden dürften. Er wußte gar nicht, was die wollten; für Revisionen seien doch die Bauteile da. Eße der Kollege etwas erwidern

könnte, war der Mann wieder weg. Die Maurer freuten sich, daß sie diese Geschichte vor der offiziellen und von der „sozialistischen“ Bauteilektion hörten.

*** Submissionskisten.** Eine besondere lustige Witz ist in Bremerhaven aufgegangen. Dort hatte die Submissionskiste der Mann- und Zimmerarbeiten beim Bau der Kaiserhafen 2 und 3 folgendes Ergebnis:

Schneider-Berlin	M. 351109
Siege-Berlin	„ 834943
Ullrich-Gesellschaft B. Schmidt	„ 141688
Schmidt-Altona	„ 141634
Knackstedt-Gesellschaft	„ 102377
Ritter-Berlin	„ 68262
Hof & Co.-Bremen	„ 65540

Dazwischen war noch ein halbes Dutzend Firmen, deren Preisangebote sich zwischen M. 70 000 und M. 113 000 bewegten. Besser kann die Unhaltbarkeit des heutigen Submissionsverfahrens kaum illustriert werden, ist doch eine Differenz von nicht weniger als M. 285 000, ungefähr dem 4 fachen Betrage der niedrigsten Offerte überhaupt, vorhanden.

*** Eine gewaltige Talsperre wird im Rheineck geplant.** Das Projekt ist von der Regierung schon genehmigt und dürfte daher in nicht zu ferne Zeit seiner Verwirklichung entgegengehen. Im Kreise Sieck (Westfalen), zwischen den Städten Arnberg, Weheim, Gese und Werl, liegt das Rheineck. Es sammelt die Niederschläge von über 400 Quadratkilometern, und nach dem Berechnete Menge seines jährlichen Zuflusses auf annähernd 250 Millionen Kubikmeter. Diese Wassermenge soll gesamt und mit den Mitteln der modernen Technik in die Industrie dienstbar gemacht werden. Die Klagen über die Unzuverlässigkeit des Wasserlaufes der Ruhr und der meisten Flüsse des Sauerlandes sind alt; namentlich die letzten trockenen Sommer haben den beteiligten Unternehmungen schwere Schäden gebracht. Das Ruhrgebiet besitzt aber schon acht Sperren mit einem Gesamtkapital von circa 30 700 000 Kubikmetern; eine neue, die Desfaltertsperre, ist im Bau und wird noch 3 100 000 Kubikmeter fassen. Bei ungünstigem Wasserstand genügen diese Werke aber nicht zur Dedung des Bedarfs. Mit der neuen Miesenanlage will man dieser Not ein Ende machen. Die größte bestehende Sperre Deutschlands, die des Urstaates in der Eifel, faßt 45 Millionen Kubikmeter. Der Staueinhalt der Rheinecksperre wurde von Regierungsbauingenieur Vink, der nach dem verhängnisvollen Sommer 1904 die Verhältnisse prüfte, auf 118 Millionen Kubikmeter veranschlagt, er wäre also mehr als zweieinhalbmal so groß, wie der des Urstaates. Das neue Bauwerk soll nach dem Projekt eine Grundfläche von fast 1000 Hektar umfassen. Die Sperrmauer muß, um dem Druck der Wassermassen standhalten zu können, gewaltige Dimensionen annehmen und äußerst sorgfältig fundiert werden. Ihre Höhe soll 40 Meter, ihre Dicke am Fuße 81 Meter, an der Krone sechs Meter, der Gesamteinhalt also über 200 000 Kubikmeter Mauerwerk betragen. Um sie ganz aus festen, gesunden Felsblöcken stellen zu können, muß man das Betonfundament an einigen Stellen bis zu 9 Meter tief versenken. Die Gewinnung und der Transport des Materials dürfte sich verhältnismäßig einfach gestalten, da die nahe Berge genug davon bieten. Man veranschlagt für den Grunderwerb fast 6½ Millionen Mark und für die Bauarbeiten weitere 6 Millionen, so daß die Gesamtkosten an 15 Millionen Mark veranschlagt werden. Amortisation und Unterhaltung der Anlage sind auf über 600 000 jährlich berechnet worden. Am Fuße der Sperre soll eine Kraftstation zu 2000 Pferdestärken angelegt werden. Für die Rentabilität dürfte wesentlich in Betracht kommen, daß eine Anzahl benachbarter Städte, darunter Dortmund, Arnberg, Lina, Hamm, und zahlreiche wasserarme Dörfer am „Haartranz“ ihren Wasserbedarf teilweise oder ganz aus der neuen Sperre decken wollen, was durch deren Höhe, für das Gesele günstige Lage erleichtert würde.

*** Der Boden als Stauweiser.** Ein Mieseprojekt, das in seiner Ähnlichkeit an amerikanischen Unternehmungen erinnert, ist der Ingenieur Hubold Gelpke entworfene Plan der Regulierung des Bodenseewassers. Die Gelpke ausführt, weist der Boden die Notwendigkeit und hohen Mitteln einer Mieseaufschüttung von 1,8 m auf. Da seine Oberfläche mit dem Untersee bedeckt 590 qkm beträgt, zeigt sich, daß im See selbst, ohne Aufschüttung, b. h. nur durch Regelung des Abflusses, eine Milliarde Kubikmeter Wasser gesammelt werden kann. Diese Wasserfülle kann erreicht werden durch eine Wehranlage bei Gessinghofen. In Zeiten von mehr als 200 Sekunden Kubikmeter Zuflutmenge in den See würde das Seeboden mit sein Niveau so gehoben sein, daß beim Eintritt des Meeresspiegels der Seewinkel seinen höchsten Stand erreicht. Es könnte dann während einer Periode von 115 Tagen das Meerwasser rund um 100 cm in der Stunde vermehrt werden. Eine so lang anhaltende Meerwasserperiode ist aber noch nie am Bodensee beobachtet worden. Die Wasserkräfte des Rheins können hierdurch ohne wesentliche vermehrte Ausgabe für die heraufstellenden Werke um rund 15 500 × 6 = 93 000 Pferdestärken vermehrt werden oder für die Schweiz und das Großherzogtum Baden um je die Hälfte dieser Zahl. Jedem dieser beiden Staaten ständen dann im ganzen auf jeder Strecke 99 400 + 46 500 = 145 900 Pferdestärken zu Gebote. Die Folgen einer solchen Staumauer wären unvorstellbar. Zu dem gewaltigen Zuwachs an Ertragskraft wäre ein Teil der Bodwassererzeugung beigesteuert; die Schiffahrtverhältnisse des Rheins wären wesentlich dadurch verbessert. Kurz, die Vorteile dieser Staumauer sind so einleuchtend, daß am endlichen Gelingen dieses verhältnismäßig nicht teuren Miesensplans kaum zu zweifeln ist.

Aus anderen Berufen.

*** Die Resolution 59 des Kölner Gewerkschafts-Tages** ist unter den Lesern hiermit in Erinnerung gebracht, damit sie ihren Zweck nicht verfehlt. — Sie lautet: „Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rückständigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erschwert ist, und der Barbiervereinsbund einen vorzüglichen Erkenntnisdienst“ unterhält, um den Gehilfen die Ausübung des Koalitionsrechts zu verweigern, ist es notwendig, daß die

gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benutzen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen.“ Anfragen und Materialbestellungen sind zu richten an J. Eckorn, Sanktburg 19, Osterstraße 108.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Tarifverträge** behalten unter gewissen Bedingungen auch noch nach ihrem Ablauf Gültigkeit. So hat das kölnische Gewerbegericht kürzlich entschieden. Die „Rdn. Ztg.“ schreibt darüber: Ein Maurer klagte gegen einen Maurermeister auf Zahlung von Kündigungsgeldung mit der Begründung, er sei am 1. Mai, Vormittags, plötzlich entlassen worden. Der vor dem Gewerbegericht festgelegte Tarifvertrag im Baugewerbe, der die Kündigung ausschloß, sei am 30. April abgelaufen. Mitin habe am 1. Mai, als er den Arbeitstag angetreten, keine Vereinbarung über Kündigung bestanden und es müsse in diesem Falle also die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist eintreten. Das Gericht stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt und entschied: Der Klag ist zu den Bedingungen des Tarifvertrages bei dem Beklagten in Arbeit getreten, und diese Bedingungen gelten auch nach Ablauf des Tarifvertrages so lange, bis die Parteien etwas anderes vereinbaren. Nach dem Tarifvertrag bestand keine Kündigung und die Parteien konnten das Arbeitsverhältnis jeden Tag, ohne Kündigung einzubringen, lösen. Im vorliegenden Falle ist jedoch der Klag ohne Grund mitten im Tage entlassen worden. Das ist aber nicht zulässig; nach der allgemeinen Rechtsprechung der Gewerbegerichte kann der Vereinbarung des Ausschlusses der Kündigung nicht die Bedeutung beigegeben werden, daß die Entlassung zu jeder Stunde vorgenommen werden kann, weil der Arbeitstag als Einheit der Arbeitszeit angesehen wird. Die Entlassung konnte demnach nur am Schluß des Arbeitstages erfolgen. Da dieses nicht geschah, wurde dem Klag der Lohn für den 1. Mai ausbezahlt, die Mehrforderung dagegen abgewiesen.

*** Darf der Werkmeister zum Eintritt in gewerkschaftliche und politische Betreibungen auffordern?** Die Bejahung der vorangestellten Frage sollte man für selbstverständlich halten. Und doch hat es in einem Rechtsstreit erst der Anrufung der Berufungsinstant bedurft, um dem natürlichen Rechtsgefühl Geltung zu verschaffen, daß ein Werkmeister durch Annahme seiner Stelle nicht auf seine politische und gewerkschaftliche Betätigung verzichte. Der Fabrikant Brandenburg in Treptow hatte einen Werkmeister O. entlassen, weil der Werkmeister in einer Versammlung der Arbeiter des Beklagten die Arbeiter zum Streik aufgefordert, auch einmal geäußert habe, die Arbeiter müßten es selbst bringen, daß wenn der Chef mit seinen Beamten komme, er zuerst vor den Arbeitern die Mühe abnehmen müsse. Auch habe der Werkmeister das schändliche Verbrechen begangen, Arbeiter, die nicht zum sozialdemokratischen Verband gehörten, zur Aufnahme in diesen zu veranlassen, ja, er habe einen Arbeiter bezogen, statt der „Berliner Morgenpost“ sich den „Vorwärts“ anzuschaffen. Das seien aber Dinge, die als „wichtiger Grund“ zur kündigungswürdigen Entlassung ausreichen müßten. Aus der Weisungsaufnahme entnahm das Amtsgericht Berlin II, daß der Werkmeister in der Tat die ihm zur Last gelegten Schreien, mit Ausnahme der Aufforderung zum Streik, begangen habe und erkannte durch einen Appell auf Abweisung der auf Gehaltszahlung gerichteten Klage des Werkmeisters. Zu dem entgegengelegten Resultate, als dies der Ueberzeugungsfreiheit und den Erfordernissen des praktischen Lebens feinstufige Erkenntnis gelangte das Landgericht Berlin II. Es lehnte eine Wiederholung der Weisungsaufnahme, die darun sollte, daß auch die tatsächlichen Annahmen des Amtsgerichts irrtümlich seien, ab, weil, auch wenn sich alles so verhielte, wie das Amtsgericht mit dem Fabrikanten annahm, dies „nicht ausreicht, um die sofortige Entlassung des Klägers zu rechtfertigen“. Die Gründe, die dies darun, sind von so allgemeinem Interesse, daß die wörtliche Anführung angebracht erscheint. Es heißt in dem Erkenntnis: „Die Aeußerung des Klägers, die Arbeiter müßten es selbst bringen, daß wenn der Chef käme, er zuerst seine Mühe abnehme, ist nichts weiter als eine alberne taktlose Bemerkung, die von dem, dem gegenüber sie gemacht wird, kaum ernst aufgefaßt wird, und einem Arbeiter bei seinem geringen Bildungsgrade und seiner Erziehung nicht besonders schwer angedrungen werden kann. Wenn Klager den Zeugen veranlaßt hat, eine sozialdemokratische Zeitung zu lesen und einem sozialdemokratischen Verband als Mitglied beizutreten, so liegt darin kein Vertrauensbruch. Denn die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei hat nichts mit dem Dienstverhältnis zwischen Beklagten und Klager zu tun. Parteien stehen lediglich in einem Privatverhältnis zueinander, auf welches von keinem Einfluß ist, zu welcher politischen Partei der eine oder der andere Teil sich rechnet. Unrechtfertig ist deshalb, ob der Metallarbeiterverband, zu dessen Eintritt Klager den Zeugen bestimmen wollte, sozialdemokratischen Tendenzen huldigt oder nicht. Die Entlassung des Klägers wegen Mißbrauchs des Vertrauens würde nur dann gerechtfertigt sein, wenn Klager gegen die Arbeitgeber und speziell gegen Beklagten agitiert, aufkeisernde Reden in Versammlungen geführt, zum Streik aufgefordert hätte usw. Von einer Agitation des Klägers aber nach dieser Richtung hin ist nichts erwiesen.“

Das Urteil bietet nun absolut keinen Anlaß, das erkennende Gericht mit Lobpreisen zu überschütten. Es amiet sogar an einer Stelle einen recht reaktionären, absolutistischen Geist. Nämlich da, wo es sagt, die Ermahnung, daß der zu den Arbeitern kommende Chef zuerst die Mühe abnehmen, d. h. grüßen müsse, sei nicht ernst zu nehmen. Jeder Mensch mit guter Lebensart wird es in solchem Maße für selbstverständlich halten, daß der Unternehmender resp. der Fabrikant zuerst grüßt, und wenn er es nicht tut, so beweist er damit nur, daß er ein Prok ist, dem solche Bildung völlig fehlt. Der Arbeiter aber müßte eine komplette Anrechtsnatur sein, der den zu ihm kommenden Unternehmer zuerst grüßt. In dieser Hinsicht setzt sich

also das Urteil in Widerspruch mit dem, was unter anderen Kulturmenschen als Regel gilt. Es stellt lediglich die Korrektur eines früheren Erkenntnisses dar, das den Arbeiter nicht als freien und gleichberechtigten Staatsbürger, sondern als Hörsen ansetzt und aufstößt. Das ist das einzige Verdienst des Urteils, dessen Gedankengänge übrigens auch auf Politiker zutreffen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

gh. Das letzte Heft der „Ämtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts“ lenkt von neuem die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß ein Teil der Invalidenversicherungsanstalten sich in der Praxis immer mehr den Berufsvereinigungen nähert. Es berichtet nämlich über zwei bezeichnende Fälle.

Zunächst handelt es sich um die Art und Weise, in der eine Versicherungsanstalt den Antrag eines Arbeiters auf die Invalidenrente abgelehnt hat. Der Arbeiter hatte dem Antrage ein Gutachten seines behandelnden Arztes beigelegt, durch das seine Erwerbsunfähigkeit erwiesen wurde. Er wurde aber von der Versicherungsanstalt mit seinem Anspruch abgewiesen. In dem abweisenden Bescheid hatte die Versicherungsanstalt den Arbeiter darüber belehrt, daß er nach dem Invalidenversicherungsgesetz erst dann als invalid anzuerkennen sei, wenn eine Erwerbsunfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt, d. h. wenn er nicht im Stande ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs angemessen werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Hierauf heißt es in dem Bescheid der Versicherungsanstalt weiter: „Nach den angelegten Ermittlungen können Sie noch mehr als dieses Drittel verdienen.“

Nun besagt das Gesetz ausdrücklich, daß im Falle der Ablehnung eines Rentenanspruches die Versicherungsanstalt in ihrem Bescheid die Gründe für die Ablehnung angeben hat. Eine „Begründung“ aber, wie in diesem Falle, ist der reine Spott. Deshalb lag sich das Reichs-Versicherungsamt heran, dem Vorstände der Versicherungsanstalt zu „bemerken“, daß die Versicherungsanstalt nach dem Gesetz zu einer eingehenden Begründung ihres ablehnenden Bescheides verpflichtet seien, „und daß eine solche hier besonders deshalb geboten gewesen wäre, weil das einzige ärztliche Gutachten, das sich zur Zeit der Bescheiderteilung bei den Akten befand, dem Rentenanspruch günstig ist.“

In dem anderen Falle hatte ein Arbeiter seinen Antrag auf Invalidenrente durch das ärztliche Zeugnis, daß er „wegen Augenbeschwerden dauernd nicht mehr ein Drittel des ortsüblichen Lohnes verdienen könne“, begründet. Darauf verlangte die Versicherungsanstalt, daß er ein ärztliches Gutachten nach einem beigefügten Formular beschaffen soll. Zugleich wurde ihm mitgeteilt, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt unter den Bedingungen des zwischen ihm und der Ärztkammer getroffenen Abkommens an den Arzt auf das ihm für das Gutachten zustehende Honorar anteilig M. 3 zahlen werde. Die Versicherungsanstalt hatte, um sich die nötigen Angaben für ihre statistischen Nachweise zu sichern, ein Formular entworfen und mit der Ärztkammer abgemacht, daß die Ärzte die auf dem Formular gestellten Fragen beantworten und dafür eine Entlohnung von M. 3 erhalten sollten. Diese Entlohnung geschah also ganz allein auf Veranlassung und im Interesse der Versicherungsanstalt. Den Nachweis seiner Erwerbsunfähigkeit hatte der Arbeiter schon durch das erste ärztliche Gutachten erbracht, das freilich nicht auf dem Formular der Versicherungsanstalt ausgefüllt war.

Die Versicherungsanstalt bewilligte nun, nachdem der Arzt auch noch das Formular ausgefüllt hatte, dem Arbeiter die Rente in Höhe von M. 184,80, zog ihm davon aber jene „für das ärztliche Gutachten vorläufige gezahlten“ M. 3 ab. Sie wollte also die Kosten, die ihr aus der Beschaffung der für ihre Statistik notwendigen Angaben erwachsen, auf die armen Invaliden abwälzen. Selbstverständlich hat das Reichs-Versicherungsamt diese geschwätzte und ungewisse „Zahlung“ nicht zugelassen und die Versicherungsanstalt beurteilt, dem Arbeiter die abgezogenen M. 3 nachzugeben.

Wie sind derartige Ungeheuerlichkeiten bei einer Versicherungsanstalt möglich, in der ja „höhere“ Beamte das Regiment führen, demnach unter allen Umständen keine Unflotte über ihre gesetzlichen Befugnisse möglich sein sollte? Hierauf geben uns die Erfahrungen mehrerer unserer Arbeitersekretariate die nötige Antwort. So schreibt das Hamburger Arbeitersekretariat in seinem neuesten Jahresbericht: „Die Bestrebungen, die wir in dem Kapitel „Unfallversicherung“ des näheren beleuchten haben, und die im wesentlichen bezwecken, die Rentenbewerber zu diskreditieren oder sie gar als Simulanten hinstellen, machen sich auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung immer fester bemerkbar. Wenn wir noch vor zwei Jahren schreiben konnten: „Im übrigen können wir uns des Eindringens nicht erwehren, daß seitens der Versicherungsanstalten in steigendem Maße die Ablehnung der Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten in einer Weise betrieben wird, die sich von der bei den Berufsvereinigungen üblichen nur wenig unterscheidet, so müssen wir heute erklären: es besteht bei uns nicht der geringste Zweifel darüber, daß man an den zuständigen Stellen eifrig bemüht ist, die Zahl der Invalidenrentenempfänger möglichst herabzubringen beziehungsweise niedrig zu halten.“ Das dieses Urteil für eine ganze Reihe von Versicherungsanstalten zutreffend ist, ergibt sich aus den Berichten der anderen Arbeitersekretariate.

Der Bericht aus Halle a. d. S. v. B. teilt folgenden Fall mit: Eine Arbeiterin in Halle beantragte die Invalidenrente. Der behandelnde Arzt bezeugte die Arbeitsunfähigkeit. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt forderte noch ein Gutachten des Kreisarztes Dr. Haus in Giesleben ein. Der Herr erklärte, daß die Arbeiterin nicht dauernd erwerbsunfähig sei. Die untere Verwaltungsbehörde mit ihren Vorgesetzten hielt trotzdem die

Frau für dauernd invalid. Die Versicherungsanstalt jedoch verweigerte die Rente. Darauf legte die Arbeiterin Verurteilung ein. Der Vertrauensarzt beim Schiedsgericht gab nach mehrmaliger Untersuchung das Gutachten ab: „Der Brustkorb ist fahrig und dehnt sich nur um 2 cm aus. Leber beide Lungen sind trockene Kaffelgeräusche zu hören. Die Herz- und Lungenklopfungen sind vergrößert. Pulszahl während der Untersuchung 110. Sie ist schwach. Wegen der hochgradigen Lungenverengung schätze ich den Verlust an Arbeitsfähigkeit über 66% pSt.“ Hiernach mußte das Schiedsgericht die Versicherungsanstalt zur Zahlung der Rente verurteilen.

Ein anderes Beispiel aus dem Bericht des Arbeitersekretariats in Gln a. M. Ein 51 Jahre alter Arbeiter in Ehrenfeld war schon sehr gebrechlich und fast gänzlich arbeitsunfähig. Laut Bescheinigung seines früheren Arbeitgebers hatte er zweimal verurteilt, wieder zu arbeiten, mußte aber krankheitshalber jedesmal die Arbeit wieder einstellen. Er stellte daher den Antrag auf Gewährung der Invalidenrente. Der Antrag wurde von der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz abgelehnt mit der Begründung, daß der Arbeiter noch pro Jahr M. 850 verdienen könne. Auf welche Art der Arbeiter dies M. 850 noch verdienen könne, war nicht angegeben. Die Versicherungsanstalt hatte offenbar gar nicht in Erwägung gezogen, daß der Arbeiter überhaupt nicht mehr gearbeitet hatte, weil er nicht arbeiten konnte. Der Berufung an das Schiedsgericht legte das Sekretariat ein ausführliches Gutachten des behandelnden Arztes bei, das durch vier weitere Ärzte als zutreffend bestätigt wurde. Das Gutachten führte an, der Arbeiter habe hauptsächlich über starke Atemnot, die ihm Treppensteigen, Bücken und Gehen fast unmöglich mache; schon das Ankleiden nach der Untersuchung rufe Atemnot hervor. „Der objektive Befund“, heißt es dann wörtlich, „läßt die ... Beschwerden völlig glaubhaft erscheinen.“ Durch das Schiedsgericht wurde dem Arbeiter denn auch die Rente zugesprochen, da der Arbeiter schwerer Lungenfrank sei und nichts mehr verdienen könne.

Nicht immer sehen die Versicherungsanstalten das Reiben eines solchen Arbeiters als zu unbedeutend an; sie können auch dem Arbeiter deshalb die Rente verweigern, weil sie den Zustand des Rentenbewerbers zu schlimm einschätzen. Ein Arbeiter in Berlin, der unter dem 8. Mai 1905 die Invalidenrente beantragte, hatte nur so viel Invalidenmarken geleistet, daß wenn seine Invalidität auf einige Zeit zurückdatiert wurde, er die im Gesetz vorgesehene Wartzeit nicht erfüllt hätte. Ein Dr. A. in Berlin erklärte nun, daß die völlige Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters schon seit Juni 1904 bestünde. Infolgedessen lehnte der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin den Antrag wegen Nichterfüllung der Wartzeit ab. In der Berufung dagegen machte das Berliner Arbeitersekretariat geltend, daß der Arbeiter tatsächlich nach dem Juni 1904 noch erwerbsfähig gewesen sei und daraus einen Kagelehn von M. 1,50, zeitweise einen noch etwas höheren Lohn verdient hat. Beweis: Zeugnis des Arbeitgebers. Das Schiedsgericht hörte seinen Vertrauensarzt, der zu dem Schluß gelangte, daß der Arbeiter erst in dem Monat Mai 1905 dauernd völlig erwerbsunfähig geworden sei. Demzufolge erkannte das Schiedsgericht auf Gewährung der Rente, wobei es hervorhob: es liege kein Grund gegen die Annahme vor, daß der Eintritt der dauernden Erwerbsunfähigkeit erst mit Aufnahme der Krankheitserscheinungen im Mai 1905 erfolgt ist.

Diese traurigen Erfahrungen verdienen unsere Beachtung um so mehr, da die bürgerlichen Parteien bekanntlich den Arbeitern das Selbstverwaltungsgesetz in ihren Krankenkassen entreißen und die Kassenverwaltung nach dem Vorbilde der Invaliden-Versicherungsanstalten ver- „bessern“ wollen. Gegen diese „Verbesserung“ müssen sich die Arbeiter mit allen Kräften wehren.

Polizei und Gerichte.

* Ein belästigter Maurermeister. Wunderbare Beiträge zur Ruhmverherrlichung des § 153 der Gewerbeordnung bieten folgende zwei Gerichtsurteile an. Am 21. Juni. Die bisher unbefragten Maurer Schmidt und Engelhardt hatten von dem Amtsrichter in Amendorf je ein Strafmandat über M. 15 erhalten, weil sie am 18. Mai an dem Aufschlagsleihe bei der Bahn Ammendorf-Adelweil, wo der Maurermeister Reichardt eine Papierfabrik baut, Streikposten gestanden haben sollten. Die Angeklagten haben früher bei Reichardt gearbeitet, waren aber zur Zeit des Vorganges an einem anderen Bau beschäftigt. Am genannten Tage konnten sie aber, da es regnete, nicht arbeiten, und der eine Angeklagte, dessen Eltern am Bahnkörper eine Grasnarbe gepachtet haben, ging mit dem anderen in Begleitung dorthin. Beide wurden, als sie an Reichardts Bau vorbeikamen und M. zufällig vor dem Bau stand, von diesem Unternehmer stark „emustert“. Darauf sagte der eine Angeklagte: „Warum sehen Sie uns denn so an, Sie haben wohl lange keinen Maurer gesehen?“. Durch diese Äußerung fühlte sich Reichardt belästigt, der den in der Nähe umher wandernden Gendarm Bod davon in Kenntnis setzte. Der Gendarm schritt ein, um die Namen der „Attentäter“, die damals weder streikten, noch sich bewusst waren, etwas Unrechtes begangen zu haben, festzustellen. Sie verweigerten die Namensnennung und gingen auch auf Aufforderung des Gendarmen nicht sofort weg. Sie bestritten auch vor Gericht, sich strafbar gemacht zu haben. Der Richter sagte den Angeklagten die Worte: „Sie scheinen überhaupt nicht zu begreifen, daß Ordnung im Staate herrschen muß.“ Zeuge Reichardt trug vor, daß seine Frau bei seinem Vorgang gesagt habe: „Na, wenn die Dich allein treffen, dann ist es gefährlich.“ Zeuge meinte, die Angeklagten wären „furcht und rabiat“ geworden. Nähere Beweise dafür lieferte er allerdings nicht. Der Amtsanwalt beantragte je M. 15 Geldstrafe eventuell drei Tage Haft. Das Urteil lautete dem Antrage gemäß. In der Urteilsbegründung hieß es, die Angeklagten haben sich dort ohne einen legalen Zweck aufgehalten. Sie hätten mit Rücksicht auf den Streik weggehen müssen. (!) Daß die Angeklagten nicht zu denen gehören, die ihre Rechte auf legalen Wege wahrnehmen,

gehe aus der Belästigung des Zeugen Reichardt hervor. Auch der Maurer Klee soll am Morgen des 4. Mai zwischen 9½ und 7¼ Uhr auf der Straße dem Bahnhof Ammendorf nach Adelweil Streikposten — gefährlich haben. Er war nämlich auf seinem Wege angekommen, und zwei Gendarmen wegen des Streiks lästig erschienen. Als der eine Gendarm dem Angeklagten das dortige Verweilen verbot, erklärte der Angeklagte: „Ich will nach meinem Vater, und Sie haben mir gar nichts zu verbieten.“ Der Gendarm vermutete aber, daß Klee „Arbeitswilligkeit“ von freiwilliger Arbeit fernhalten wolle. Wegen dieses Falles wurde der Angeklagte mit M. 5 Geldstrafe belegt und in einem zweiten Falle wurde er antragsgemäß freigesprochen. — Offenbar hebt die höhere Instanz die ganz unverständlichen Urteile auf und erkennt auf Freisprechung der Angeklagten.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 40 des 24. Jahrgangs. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportageur zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Neue Gesellschaft“, sozialistische Wochenschrift, Heft 27 des 2. Bandes. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr M. 1,20.

Aus der Praxis für die Praxis. Unter diesem Titel ist die von G. Lamprecht-Schönebeck verfaßte „Anleitung zur Herstellung von Terrazzo-Fußböden und Formhäusern usw.“ erschienen. Die Broschüre umfaßt 24 Seiten Oktav. Wie schon der Titel besagt, ist sie lediglich für die Praxis bestimmt, es ist also alles theoretische Beiwerk vermieden. Das ist ein Umstand, der sie ganz besonders befehligt, ihren Zweck zu erfüllen. Der Maurer, der Terrazzoarbeiten, will seine Theorie, sondern praktische Anweisung haben. Das ist es, was das Buch bietet. In Anbetracht seiner praktischen Brauchbarkeit ist der Preis des Werkes von M. 2,25 bei vorheriger Einlieferung des Betrages und M. 2,50 bei Bezug per Nachnahme nicht zu hoch. Bei Bestellungen wolle man die Adresse recht genau angeben, um Weiterungen und erhöhte Portokosten zu vermeiden. Zu beziehen ist die Broschüre vom Verfasser: Lamprecht, Schönebeck a. d. Elbe, Königsstr. 9.

„In Freien Stunden“. Von dieser illustrierten Romanbroschüre ist schon das 28. Heft erschienen. Damit schließt dieser Band, dessen reichhaltigen Inhalt wir des öfteren erwähnt haben. Die Hefte sind zum Einzelpreise von 10 Pf. durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Bibliotheken seien die gebieterischen Bände zur Anschaffung besonders empfohlen. Mit dem 1. Juli bietet sich den Kollegen von neuem Gelegenheit, auf diese Zeitschrift zu abonnieren, um ihre Frauen und Kinder davor zu bewahren, zu den Großheften der bürgerlichen Schulbibliothek greifen zu müssen. Der neue Band beginnt mit dem Roman „Der Deserteur“.

Briefkasten.

Gotha. Wie heißt denn der treue Kollege, der am 28. Juni gestorben ist?

Frankfurt a. M., A. B. Die Bekanntgabe der aus- geschlossenen Mitglieder wird durch den Verbandsvorstand veranlaßt, wie dies auch aus jeder Nummer des „Grundstein“ zu erhellen ist. Die Redaktion des Blattes hat damit gar nichts zu tun.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Berlin. (Sektion der Ruher.) Am 24. Juni starb unser Mitglied **Paul Rühr** im Alter von 59 Jahren an Herzkrankheit. — Am 26. Juni starb unser Mitglied **Otto Meinert** im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose.

Besse. Am 1. Juli starb unser treues Mitglied und Mitbegründer unserer Zählstelle **Adam Lange** nach vierjährigem schwerem Krankenleiden im Alter von 38 Jahren.

Bramsche. Am 22. Juni erkrankt unser Kollege **Karl Fraatz** im Alter von 61 Jahren.

Bremervorhaben. Am 24. Juni starb unser Kollege **Johann Dohlen** im Alter von 32 Jahren.

Dormund. Am 18. Juni starb unser Mitglied **Aug. Woldt** beim Baden im Alter von 56 Jahren.

Grünberg i. Posen. Am 24. Juni starb nach langem Leiden unser Kollege **Ernst Baginski** im Alter von 59 Jahren am Magenkrebs.

Sädingen. Am 22. Juni starb unser treues Mitglied **Eugen Orscheid** aus Hegenheim an Lungen- und Brustfellentzündung.

Sarlsruhe-Teutchenreuth. Am 23. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Jakob Meinzer** an der Auszehrung im Alter von 31 Jahren.

Sarlsruhe-Weidenreuth. Am 27. Juni starb unser Verbandskollege **Gustav Raf** im Alter von 27 Jahren an Blutbrechen.

Siel. Am 24. Juni starb unser Mitglied **Hermann Vetter**, 24 Jahre alt, an Hirnleiden.

Spämbau. Am 19. Juni starb unser Kollege **Karl Böser** im Alter von 55 Jahren an Malaria.

Gere ihrem Andenken!

Frankfurt a. d. O.

Der Kassierer der Zentral-Krankenkasse der Maurer wohnt Gröner Weg 7, 1. Et. [M. 1,20]

Kollegen, welche den Aufenthalt und die Adresse des Maurers Fritz Rost, geb. 3. September 1886 zu Frödenhagen, Verb. Nr. 161 082, kennen, werden gebeten, Mitteilung an Maurer Wilh. Wichmann in Köln i. M. gelangen zu lassen. Porto wird vergütet. [M. 1,50]

Sangerhausen.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist vom 1. Juli an: Zöppersberg 37. Sämtliche Anfragen sind nur an diese Adresse zu richten. Der Vorstand.

[M. 1,80] J. A. F. Stöckfeld, erster Vorsitzender.

Bielefeld.

Am 8. Juli, Vormittags 11½ Uhr, im Vereinslokal, Bürgerweg 14:

Fünftehtes Stiftungsfest

verbunden mit Festrede, Gesang, turnerischen Aufführungen usw. Von 4 Uhr ab großer Festball.

Alle Kollegen nebst Familien von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

Strausberg.

Sonntags, den 7. Juli 1906, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Albrecht:

Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Kinderbelustigungen.

Lüdenscheid.

Sonntag, den 15. Juli 1906, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Cramonert, Schlittenbach:

Sechstes Stiftungsfest

und 15 jährige Jubelfeier des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands verbunden mit Theater, Konzert und Ball.

Alle Kollegen von Lüdenscheid und Umgegend mit ihren Familien sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 4,50] Das Festkomitee.

Friedersdorf.

Am 15. Juli feiert unser Zweigverein sein diesjähriges Sommervergnügen

in den Lokalitäten des Herrn Fritz Pöstel. Die Kollegen aus der Umgegend sind freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorsitzende.

Dotzheim.

Am 15. und 16. Juli feiert die hiesige Zählstelle ihr Zehntes Stiftungsfest und Fahnenweihe.

Der Festplatz ist ein stattiger Rosenplatz und 5 Minuten vom Bahnhof entfernt. Die Festrede hält der Verbandsvorsitzende Kollege Bömelburg. [M. 3,30] Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Festausschuß.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntags, den 7. Juli.

Artern. Abends 7 Uhr im Hotel „Zur Krone“.

Lüdenscheid. Abends 8½ Uhr. Quartalsbericht.

Werden. Abends 8½ Uhr in der „Gustavsbau“, Bäckersb.

Sonntag, den 8. Juli.

Allstedt. Nachm. 2 Uhr im Gasthof „Zum Anter“. Wäcker mitbringen.

Arnswalde. Nachm. 3 Uhr. Mitteilungsbesprechung.

Frankenhausen-Kyffh. Nachm. 8½ Uhr im „Barbarossagarten“.

Friedersdorf. Nachm. 9 Uhr bei Pöstel.

Lychn. Nachm. 8½ Uhr in der Wohnung des Kollegen Julius Heiden.

Seesen. Nachm. 8 Uhr in „Stadt Braunschweig“.

Völktershausen.

Zerbst. Nachmittags 8½ Uhr.

Dienstag, den 10. Juli.

Neusalz. Im „Deutschen Kaiser“.

Sonntag, den 15. Juli.

Fürstenwalde. Nachm. 10 Uhr im „Schloßkeller“.

Neuhardenberg. Nachm. 1½ Uhr im Festsitzigen Lokal.

Werda. Nachmittags 8½ Uhr in der „Gewerke“.

Werden. Nachm. 11 Uhr Generalversammlung in der „Gustavsbau“. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Werder a. d. H. Nachm. 4 Uhr bei Koch.

Donnerstag, den 19. Juli.

Berlin, Bez. Reinickend. Abends 8½ Uhr bei Wemmer, Hauptstraße 51.

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rur & Co. in Hamburg.